

AL  
DUPLICATE  
HOOVER LIBRARY

LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIF. - R.D. 2



# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 24

BERLIN, DEN 14. JUNI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Das Fazit des Mai-Plenums des EKKI / Stalin: Die Revolution in China  
und die Aufgaben der Komintern / Klenowitsch: Die anglo-amerikanische  
Rivalität auf dem Kapitalmarkt / Fischer: Neue Kampfmethoden der deutschen  
Kapitalisten gegen die Arbeiter / Bücher- und Zeitschriftenschau

1927er 1927er

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 24

14. JUNI

## I N H A L T

	Seite
Das Fazit des Mai-Plenums des EKKI . . . . .	1145
Stalin: Die Revolution in China und die Aufgaben der Komintern . . .	1155
Klenowitsch: Die anglo-amerikanische Rivalität auf dem Kapitalmarkt	1170
Fischer: Neue Kampfmethoden der deutschen Kapitalisten gegen die Arbeiter . . . . .	1179
Stern: Die Präsidentenwahl in der Tschechoslowakei . . . . .	1185
Paul: Hamilton Fish Armstrong: „Der neue Balkan“ . . . . .	1191

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DAS FAZIT DES MAI-PLenums DES EKKI

Das Mai-Plenum des EKKI trat zu einem Zeitpunkt der höchsten Verschärfung der internationalen Situation zusammen. Der Staatsstreich Tschang Kai-scheks und die mit ihm im engen Zusammenhang stehenden provokatorischen Akte gegenüber der USSR — Ueberfall auf die sowjet-russische Vertretung in Peking, auf die Handelsvertretung in London und endlich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der USSR — alles sprach dafür, daß die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe rückt. In diesem Zeichen standen die Arbeiten des Plenums, diese Tatsachen waren für ihren Charakter bestimmend.

Das Mai-Plenum befaßte sich nur mit drei Fragen: Krieg und Kriegsgefahr, die Situation in England und die chinesische Revolution. Nach sorgfältiger und eingehender Erörterung dieser Fragen in speziellen Kommissionen kam das Plenum zu einmütigen Beschlüssen, die die Richtigkeit der Kominternlinie in der Vergangenheit bestätigen und gleichzeitig konkrete Hinweise enthielten, wie sie in der Zukunft, mit Rücksicht auf die äußerste Verschärfung des Kampfes zwischen der imperialistischen Welt einerseits, dem internationalen Proletariat, der USSR und dem revolutionären China andererseits, durchzuführen ist.

Die Schlußfolgerungen, zu denen das Mai-Plenum in bezug auf Krieg und Kriegsgefahr am Schluß seiner Arbeiten gelangte, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

„Die neue Phase der imperialistischen Politik wird dadurch gekennzeichnet, daß der Kapitalismus sich darauf vorbereitet, von den Kleinkriegen zu großen Kriegen überzugehen.“ „Alle Widersprüche unter den kapitalistischen Staaten treten in den Hintergrund vor dem Hauptwiderspruch, der die ganze Welt in zwei Lager teilt: In dem einen Lager haben wir die Sowjetunion und das revolutionäre China, in dem anderen Lager die gesamte kapitalistische Welt. China und die Sowjetunion sind die zwei Knotenpunkte der gesamten internationalen Lage.“

Unter Hinweis auf die nahende Kriegsgefahr konstatierte das Plenum:

„Der den Frieden am stärksten bedrohende Faktor ist im gegebenen Augenblick England. Das Neue, das die internationale Situation charakterisiert, ist die Tatsache, daß England von neuem zum Hegemon in der europäischen Politik geworden ist.“

Das Plenum betonte, daß der nahende Krieg gegen China und die Sowjetunion sich durch besondere Eigentümlichkeiten vom imperialistischen Krieg 1914 unterscheidet:

„Dieser Krieg ist deswegen ein besonderer, weil er ein offenkundiger Klassenkrieg ist. Hier kämpfen nicht Imperialisten mit Hilfe ihrer Völker gegeneinander, sondern eine Strafexpedition der Imperialisten marschiert aus, um die Arbeiter und Bauern niederzuwerfen.“

Daraus folgt, daß die zentrale Losung der heutigen Anti-Kriegskampagne nicht die abstrakte Losung „Krieg dem Kriege“, sondern die konkrete Parole „Verteidigung der chinesischen und russischen Revolution“ sein muß. „Auf diese Parole muß die Aufmerksamkeit der Massen konzentriert werden.“

Des weiteren weist das Plenum darauf hin, daß „der künftige Krieg ein mechanisierter Krieg“ sein wird.

„Jedes Land wird in eine gewaltige Fabrik von Zerstörungsmitteln umgewandelt werden.“ „Infolge dieses Charakters des Krieges wächst die Bedeutung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, in erster Linie der Gewerkschaften, ohne deren Mitwirkung der Krieg undenkbar ist. Ihr Widerstand gegen den Krieg wird zusammen mit dem revolutionären Kampf der Armee gegen den Krieg für die imperialistischen Staaten verhängnisvoll werden.“

Die Imperialisten sind sich darüber vollkommen klar, daher machen sie gewaltige Anstrengungen für die ideologische Vorbereitung der Arbeitermassen zum Kriege. Unersetzliche Dienste leisten ihnen in dieser Beziehung die II. Internationale, der Amsterdamer Gewerkschaftsbund und die ultralinken Abtrünnigen der Komintern, die sich in geschickter Weise die Arbeit teilen. Da es eine ganz hoffnungslose Sache ist, die Massen zum Krieg gegen das revolutionäre China unter der Fahne der „Vaterlandsverteidigung“ zu führen — kein vernünftiger Mensch wird es je glauben, China bedrohe die englischen Inseln mit Invasion — sind die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer genötigt, solche Sophismen aufmarschieren zu lassen wie z. B. „Verteidigung der Interessen“, „Verteidigung der Flagge“, „Schutz der Zivilisation“ usw. Um aber die Geister auf einen Feldzug gegen die USSR vorzubereiten, führt die II. Internationale die niederträchtigste Propaganda gegen den „Roten Imperialismus“ der Sowjetunion. Gleichzeitig erwecken gerissene Betrüger aus der deutschen Sozialdemokratie in den Arbeitermassen Illusionen über die zukünftige Neutralität Deutschlands; sie verstehen aber ausgezeichnet, daß im Kriegsfall die deutsche chemische Industrie höchstwahrscheinlich im Dienste der gegen die USSR kriegführenden Staaten stehen wird, daß die deutschen Transportwege die Zufuhr von Munition und Waffen aus England, Italien usw. sichern werden. Zugleich sind die ultralinken Renegaten bestrebt, für den Kriegsfall das sowjetrussische Hinterland zu desorganisieren, indem sie die Sowjetmacht und die Leitung der KP in den Augen der Arbeitermassen zu verleumden und zu diskreditieren suchen. Sie beschuldigen sie der „Kulakisierung“, der „Entartung“, der „nationalen Beschränktheit“ usw.

Daraus folgt, daß eines der wichtigsten Momente in der Verteidigung der russischen und der chinesischen Revolution der erbitterteste Kampf gegen alle diese Betrüger und Verleumder ist. Im Zusammenhang damit betonte das Plenum u. a. auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen das pazifistische Gerede über Abrüstung und bezeichnet dieses als „größte Heuchelei und größte Verhöhnung“. „Wir müssen die Massen darüber aufklären — erklärt das Plenum — daß das einzige Land, das in Wirklichkeit seine Armee bis auf ein Minimum reduziert hat, die Sowjetunion ist, daß sie unter allen bestehenden Staaten die einzige feste Stütze des Friedens ist, daß alle Abrüstungspläne der imperialistischen Staaten ein einziger Betrug sind“, dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen von den ungeheuerlichen Kriegsrüstungen dieser Staaten abzulenken. Im Kampf gegen den Pazifismus — fährt das Plenum fort — muß man zwischen dem „nebelhaften gefühlsmäßigen Pazifismus, an dem die Arbeiterklasse immer noch krank“ und dem „bewußten Betrug der bürgerlichen Pazifisten, Pfaffen und anderer Scharlatane, denen sich Sozialdemokraten, so z. B. die Independent Labour Party, anschließen, streng unterscheiden“.

Weiter ging das Plenum in konkreter Weise auf taktische Fragen des Kampfes gegen imperialistische Kriege ein. Er summierte alles, was Lenin in dieser Frage gelehrt hat, und was auch heute noch gültig ist. Es ging überdies ausführlich darauf ein, wie diese leninistische Taktik auf die konkreten Verhältnisse dieses kommenden „offenkundigen Klassenkrieges“, der sich vom Krieg 1914, vom Krieg zwischen imperialistischen Staaten, erheblich unterscheiden wird, anzuwenden ist.

Besonders große Aufmerksamkeit wendete das Plenum der Frage des Generalstreiks im Zusammenhang mit dem Kriege zu:

„Leere Phrasen oder ein bewußter Betrug sind die Versprechungen der kläglichen ‚Helden‘ der Zweiten Internationale, den Krieg mit einem Generalstreik zu ‚beantworten‘. Der Kampf gegen den Krieg ist nicht ein einmaliger Akt, er erfordert blutige Opfer von der Arbeiterklasse, eine Reihe von Massenaktionen (Demonstrationen, Streiks in Rüstungsbetrieben usw.), deren Abschluß der siegreiche Aufstand des Proletariats ist. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten zu einer immer großzügigeren Entfaltung dieser Massenaktionen und müssen immer entschiedener auf den Generalstreik hinarbeiten... Dabei darf jedoch nicht aus dem Auge gelassen werden, daß es von der revolutionären Entwicklung der Situation abhängt, wann die Losung des Generalstreiks als Aktionslosung aufgestellt werden kann.“

Auch die defaitistische Losung muß dem neuen Charakter des kommenden Krieges angepaßt werden.

„Wenn in einem gewöhnlichen imperialistischen Krieg zwischen zwei kapitalistischen Staaten die Arbeiter für die Niederlage ihrer eigenen Regierung, nicht für den Sieg eines der kämpfenden Staaten eintreten können, um so mehr müssen sie in dem imperialistischen und gegenrevolutionären Krieg par excellence gegen die chinesische Revolution (heute gegen Wuhan) oder gegen die Sowjetunion für den Sieg der werktätigen Massen Chinas und der Sowjetunion kämpfen.“

Auch die heute noch geltende Losung der Verbrüderung muß den neuen Verhältnissen angepaßt werden:

„Diese Losung... muß im Kriege der Imperialisten gegen das revolutionäre China (jetzt die Regierung in Wuhan) und die SU verbunden werden mit der Aufforderung an die Soldaten der imperialistischen Armeen, im geeigneten Moment auf die Seite der Truppen der Revolution überzugehen.“

Ebenso wurden die Fragen der Abschaffung des stehenden Heeres, der „Volksmiliz“, der „Bewaffnung des Proletariats“, der „Miliz der Werktätigen“ vom Plenum konkret gestellt:

„1. In modernen kapitalistischen Ländern, in denen die Periode der bürgerlichen Revolution abgeschlossen ist, müssen die kommunistischen Parteien neben der Forderung der Abschaffung der stehenden Heere als Regel die Losung ‚Bewaffnung des Proletariats‘ aufstellen... 2. Die Losung der Roten Armee wird nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat aktuell... 3. Die Losung der Miliz der Werktätigen... hat gegenwärtig propagandistische Bedeutung. Ihre Verwirklichung setzt den Sieg der proletarischen Revolution in einer Reihe der bedeutendsten kapitalistischen Staaten voraus. Die kommunistischen Parteien müssen in ihrer Propaganda für diese Losung das Schwergewicht auf die Forderung der Entwaffnung der Bourgeoisie, der faschistischen Organisationen, der Polizei, der Gendarmerie verlegen. 4. Die Losung der allgemeinen Miliz... muß aufgestellt werden: a) in Kolonialländern... b) in kapitalistischen Ländern, wo infolge des Vorhandenseins von feudalen Ueberresten noch bürgerlich-demokratische Revolutionen möglich sind, die... in sozialistische Revolutionen übergehen können, c) in einer Reihe von Ländern, wo die Militärkaste militärische Staatsstreiche macht... d) in kapitalistischen Ländern..., die in eine halbkoloniale Abhängigkeit vom Weltkapital geraten sind, und zwar dann, wenn dort eine mächtige nationalrevolutionäre Bewegung gegen ihre Unterdrückung vorhanden ist.“ Neben diesen Losungen sind die Kommunisten verpflichtet, „Teilforderungen der Soldaten und Matrosen zu unterstützen, wie z. B. Wählbarkeit der

Offiziere, Territorialsystem in bezug auf die Leitung des Militärdienstes, nationale Formierungen, aktives und passives Wahlrecht, Verbesserung der materiellen Lage der Soldaten usw.... Alle diese Losungen müssen die Kommunisten mit den allgemeinen Parolen in Verbindung bringen.“

Besondere Aufmerksamkeit wandte das Plenum der illegalen Arbeit im Heere und unter der Jugend zu. Endlich verwies das Plenum auf eine Reihe von Fehlern und Mängeln in den Parteien auf diesem Gebiet: Die Unterschätzung der Kriegsgefahr, eine Einstellung, als ob der Krieg eine Sache der mehr oder minder fernen Zukunft wäre; in manchen Ländern das Unvermögen, Fragen der Innenpolitik mit internationalen Problemen zu verbinden, in anderen Ländern dagegen die Unterschätzung des Imperialismus im eigenen Lande, Fehler in der Richtung eines vulgären Pazifismus, falsche Schlußfolgerungen einiger Genossen aus den Auffassungen Lenins, die er in den Instruktionen für die Delegation nach dem Haag niederlegte, und die von den Genossen als Verzicht auf den Streik als eines Kampfmittels gegen den Krieg gedeutet werden.

Wie wir sehen, behandelte das Mai-Plenum des EKKI, dem Geiste des Leninismus treu, die Kriegsfrage nicht abstrakt, „sub specie aeternitatis“\* sondern durchaus konkret, mit Rücksicht auf die konkreten Charakterzüge des kommenden Krieges, der gegebenen historischen Situation der einzelnen Länder.

Aus der Resolution über England heben wir nur zwei Punkte hervor:

1. Das Plenum konstatierte, daß

„die Verschärfung des Klassenkampfes in England in der beschleunigten Differenzierung innerhalb der Arbeiterbewegung ihren Ausdruck findet.“ Einerseits „begeben sich die Führer der Labour Party und der Gewerkschaften offen auf den Weg der Annäherung an die herrschende Klasse in allen brennenden Fragen der Außen- und Innenpolitik — Bergarbeiterkampf, neues Gewerkschaftsgesetz, Intervention in China, Kriegsvorbereitung gegen die USSR, Frieden in der Industrie, Amerikanisierung.. Während die Gewerkschaftsbürokraten und die Führer der Labour Party für den Frieden in der Industrie mit dem Kapitalismus eintreten, führen sie einen wütenden Kampf gegen die Arbeiterkommunisten und die Anhänger der Minderheitsbewegung und des linken Flügels... Während die Independent Labour Party zwar versuchte, durch den Gebrauch linker Phrasen von den Reformisten des rechten Flügels abzurücken, hat sie die Bürokratie, hat sie den rechten Flügel in allen praktischen Fragen offen unterstützt.“

Andererseits macht sich ein Radikalisierungsprozeß in den Arbeitermassen bemerkbar:

„Die Stimmungen der breiten Bevölkerungsmassen finden ihren Ausdruck in dem ständigen Rückgang der für die Regierung bei Nachwahlen abgegebenen Stimmen... Die Entwicklung des linken Flügels innerhalb der Labour Party, der energische Widerhall, den die Konferenzen der Minderheitsbewegung finden, die Erfolge der Partei und der Minderheitsbewegung bei den Gewerkschaftswahlen in den Kohlenbezirken zeugen von der zunehmenden Linksbewegung unter der Arbeiterschaft.“

2. Besondere Aufmerksamkeit verdient der zweite Punkt der Plenumbeschlüsse über die Einheit der englischen Arbeiter mit dem Proletariat der Sowjetunion und über das Englisch-Russische Komitee, um so mehr, als die Vertreter der russischen Opposition in dieser Frage im Plenum die größte Demagogie entfaltet haben. In dieser Frage faßte das Plenum einen ganz unzweideutigen und klaren Beschluß. In dem es die von der Opposition erhobenen verleumderischen Behauptungen über die angeblich „opportu-

\* Vom Ewigkeitsstandpunkt aus.

nistische“ Linie der Komintern in dieser Frage zurückweist, erklärt das Plenum:

„Die Kommunistische Partei muß nach wie vor die Arbeiter über Bedeutung und Wichtigkeit der Einheit zwischen den Arbeitern Großbritanniens und dem Proletariat der Sowjetunion aufklären, da diese Einheit angesichts der militärischen Politik der britischen Regierung eine absolute Notwendigkeit ist. Die Partei muß den Arbeitern klar machen, daß infolge der Sabotage des ganzen Generalrats von Hicks und Purcell bis Thomas das Englisch-Russische Komitee noch immer nicht seine große Aufgabe zu verwirklichen vermocht hat. . . Die Komintern billigt voll und ganz die Erklärung der englischen KP, die die ganze Verantwortung für die Ergebnisse der letzten Berliner Konferenz dem Generalrat auferlegt. Die Geschichte der Tätigkeit des Englisch-Russischen Komitees im letzten Jahre rechtfertigt die Haltung der KP Englands, die den Arbeitern auseinandersetzte, daß der Generalrat für die Zugeständnisse der russischen Gewerkschaften verantwortlich ist und daß diese Zugeständnisse neue Beweise dafür sind, daß die sowjetrussische Gewerkschaftsbewegung aufrichtig die wirkliche Einheit erstrebt. Gleichzeitig billigt das Plenum die von der KP unter den Bergarbeitern durchgeführte Kampagne zugunsten der Einheit zwischen den britischen und sowjetrussischen Bergarbeitern.“

Ebenso erörterte das Plenum eingehend die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen gegen das Ultimatum des Generalrats an die Gewerkschaften (25. März), wonach die Gewerkschaften sich zum Abbruch aller Beziehungen zu der Minderheitsbewegung schriftlich verpflichten sollen.

Eine außerordentliche Aufmerksamkeit wurde vom Plenum der chinesischen Frage gewidmet. Sie wurde in ihrer ganzen konkreten Gestalt, in ihrer ganzen Aktualität behandelt, unter Abwehr aller Versuche der Opposition, sie in einem Meer abstrakter revolutionärer Phrasen zu ertränken, da sich hinter diesen Phrasen ein opportunistischer, durch und durch pessimistischer und liquidatorischer Inhalt verbarg.

Das Plenum konstatierte vor allem, „daß die letzten Ereignisse den Standpunkt der KI gegenüber der chinesischen Revolution vollkommen bestätigt“, und daß im Speziellen „der Gang der Ereignisse die Prognose der 7. Erweiterten Exekutive über den unvermeidlichen Abmarsch der Bourgeoisie von der nationalen Einheitsfront und ihren Uebergang auf die Seite der Konterrevolution vollkommen bestätigt hat“.

Das Plenum konstatierte, „daß der Umsturz Tschang Kai-scheks eine neue allgemeine politische Lage in China und eine neue Gruppierung der entscheidenden Klassenkräfte im Lande schafft“, daß er „eine teilweise Niederlage der chinesischen Revolution, eine gewisse Stärkung des konterrevolutionären Blocks bedeutet“. Gleichzeitig aber stellte das Plenum fest, daß „die Taktik des Blocks mit der nationalen Bourgeoisie in der bereits verflossenen Periode der Revolution vollständig richtig war“, daß die „liquidatorische Ansicht, diese gegenwärtige Krise der chinesischen Revolution sei eine entscheidende Niederlage . . . falsch ist“. Das Plenum konstatierte, daß „die Hauptursache des Verrats der Bourgeoisie und ihres militärischen Führers Tschang Kai-schek einerseits in der Entwicklung der Massenbewegung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sowie in den Erfolgen der Kommunistischen Partei lag, andererseits in dem wachsenden Druck der vereinigten Kräfte des internationalen Imperialismus“. In Verbindung mit diesen Erfolgen der Bewegung, die den Umsturz hervorgerufen haben, stellte das Plenum fest, daß „der teilweisen Niederlage der Revolution deren Uebergang in ein höheres Stadium der Entwicklung und der Beginn einer intensiveren Mobilisierung der Massen gegenübersteht“.

Die wesentlichste Eigentümlichkeit der neuen Entwicklungsphase der chinesischen Revolution wurde im Plenum folgendermaßen formuliert:

„Die Agrarrevolution (einschließlich der Konfiskation und Nationalisierung des Grund und Bodens) ist der wesentliche sozial-ökonomische Inhalt der neuen Etappe der chinesischen Revolution. Das wichtigste ist gegenwärtig die revolutionäre ‚plebejische‘ Lösung der Agrarfrage von unten durch die Dutzende und Hunderte von Millionen von Bauern selbst, wobei sich die Kommunistische Partei an die Spitze der Bewegung zu stellen und sie zu leiten hat.“

Das Plenum stellte fest, daß die Hauptaufgabe der KP-Chinas gegenwärtig die Entfaltung und Führung der bäuerlichen Agrarrevolution von unten ist und betonte gleichzeitig, daß „die Kommunistische Partei auch innerhalb der Regierung eine Politik führen muß, die die Entfesselung der Agrarrevolution auch durch die Regierung“ und die Verwandlung dieser letzteren „in ein Organ der revolutionären demokratischen Diktatur von Proletariat und Bauernschaft fördern wird“. Nur auf Grund einer solchen von unten und von oben betriebenen Politik ist die Bildung wirklich zuverlässiger Truppenteile und die Reorganisierung der gesamten Armee auf fester revolutionärer Grundlage möglich.

Das Plenum betonte jedoch, daß die KP-Chinas dieser Aufgabe nur gerecht zu werden vermag, „wenn sie . . . ihr eigenes revolutionäres Antlitz haben wird, das von dem politischen Gesicht sogar der radikalsten kleinbürgerlichen Revolutionäre sich unterscheiden muß“. Das Plenum verwies darauf, daß die KP „auf das Recht der Kritik an den Schwankungen der revolutionären kleinbürgerlichen Demokratie nicht verzichten darf“ und hob hervor, „daß in der Kommunistischen Partei Chinas gerade in diesem Punkte eine Reihe von Schwankungen vorhanden waren, daß die Partei nicht immer bei der Kritik der Führung der Kuomintang genügende Festigkeit an den Tag gelegt hat, daß innerhalb der Partei sich mitunter eine gewisse Furcht vor der Entfaltung der Massenbewegung, in erster Linie der Bewegung unter den Bauern zugunsten der Wegnahme des Grund und Bodens, der Vertreibung des Landadels (Gentry), der Gutsbesitzer usw.“ bemerkbar macht. Jedoch gab das Plenum seiner

„tiefen Ueberzeugung Ausdruck, daß die junge Kommunistische Partei Chinas, die sehr schnell anwächst und bereits Beispiele revolutionären Heldenmuts gegeben hat, schnell diese Fehler korrigieren wird, die ihre Erklärung in der außerordentlichen Kompliziertheit der Ereignisse und in der Jugend der kommunistischen Bewegung Chinas finden.“

Das Mai-Plenum des EKKI berichtigt somit die Linie der chinesischen KP in der gleichen Weise, wie es das 7. Plenum getan hat; indem es sie vor rechten Abweichungen warnt,

„lehnt es aufs entschiedenste die Forderung des Austritts aus der Kuomintang oder eine Stellungnahme, die im Grunde genommen unvermeidlich zu einem solchen Austritt führt, ab. . . Das Plenum ist der Ansicht, daß eine Politik der Unterschätzung der Kuomintang, als einer eigenartigen Form der revolutionären Bewegung, in Wirklichkeit dazu führen würde, daß die Rechten das Banner der Kuomintang in die Hände bekommen.“ — Das Plenum ist ferner der Ansicht, „daß eine solche Gegenüberstellung der Aufgaben der nationalen Revolution und der Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes, die wir sowohl bei den ultralinken Gruppierungen in Europa als auch bei den Sozialdemokraten verzeichnen können, nichts anderes ist als ein Verzicht auf die Hegemonie des Proletariats in der demokratischen chinesischen Revolution, als ein Verzicht zugunsten eines angeblich ‚proletarischen‘ *Zunftgeistes*, der politisch eine Abart des Opportunismus ist und das Proletariat zu einem Anhängsel des demokratischen Lagers macht.“

Ebenso sprach sich das Plenum aufs entschiedenste gegen die Ablehnung einer energischen Beteiligung an der „Provisorischen revolutionären Regierung von Hankau“ aus, ebenso wie gegen „eine skeptische Haltung ihr gegenüber, die zwar formell sehr ‚radikal-revolutionär‘ ist, in Wirklichkeit aber den Fehler der russischen Menschewiki von 1905 wiederholt“.

Dieser äußerlich ultralinken, dem Kern nach aber menschewistischen Taktik stellte das Plenum eine andere gegenüber, nämlich die Taktik der Verwandlung der Kuomintang in eine Massenorganisation:

„Die breite Erfassung der Massen durch die Kuomintang, die Wahl der leitenden Körperschaften durch diese Massen und die Bildung der nationalrevolutionären Regierung durch diese auf Grundlage der Wählbarkeit aufgebauten Organisationen — dies ist die besondere Form der Verbindung zwischen den werktätigen Massen und der revolutionären Staatsmacht, die dem gegenwärtigen Stadium der chinesischen Revolution entspricht.“ — „Die Hankau-Regierung“ — sagt das Plenum — „die eine Regierung der linken Kuomintang ist, ist deshalb noch keine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, aber sie befindet sich auf dem Wege zu einer solchen und wird im Falle eines siegreichen Verlaufs des Klassenkampfes des Proletariats unter Abstoßung ihrer radikal-bürgerlichen Milläuer und nach Ueberwindung einer Reihe von Verrätereien sich unvermeidlich in der Richtung einer solchen Diktatur entwickeln.“

Wie das 7. Plenum des EKKI, sieht auch das Mai-Plenum voraus, daß in der Zukunft mit fortschreitender Entwicklung der Agrarrevolution sich innerhalb der ungleichartigen kleinbürgerlichen Masse unvermeidlich Schwankungen, neue Abspaltungen von der revolutionären Front, neue Verrätereien ereignen werden. Damit diese unvermeidlichen Verrätereien der Revolution nicht verhängnisvoll werden; um genügende Garantien gegen ihre Folgen zu schaffen, empfiehlt das Plenum der chinesischen KP, erstens mit aller Energie die Agrarbewegung und die Arbeiterbewegung zu entfesseln und sich an ihre Spitze zu stellen, zweitens auf jede Weise die Verwandlung der Kuomintang in eine revolutionäre Massenorganisation anzustreben, drittens die Fehler und Schwankungen der Kuomintang-Führer zu kritisieren, und, was von besonderer Wichtigkeit ist, viertens die Energie zur Umwandlung der nationalen Armee in ein wahrhaft revolutionäres Heer zu verzehnfachen:

„Das EKKI ist der Ansicht, daß gegenwärtig die Frage der Reorganisation der Armee, die Bildung von der Revolution absolut ergebenden Truppenteilen, die Verbindung zwischen der Armee und den Organisationen der Arbeiter- und Bauernschaft, die Sicherung der Kaders in der Armee, die Umwandlung der Armee aus einem Söldnerheer in eine reguläre Armee der Revolution usw. besonders brennend wird. Besondere Aufmerksamkeit muß auf die Bildung absolut zuverlässiger Truppenteile aus revolutionären Arbeitern und Bauern gelegt werden, auf den Einfluß der Kommunisten und der festen linken Kuomintang-Leute in der Armee, auf deren Säuberung von konterrevolutionären Elementen und auf die Bildung einer Arbeitergarde.“

Indem das Plenum die KP-Chinas auffordert, sich auf das energischste an der Hankau-Regierung zu beteiligen und ihren Kurs auf deren Verwandlung in ein Organ revolutionär-demokratischer Arbeiter- und Bauerndiktatur zu halten, erklärt es zugleich, mit Rücksicht auf die gewaltigen Schwierigkeiten, die die Regierung von Hankau zu überwinden hatte und noch zu überwinden haben wird, daß

„für die Hankau-Regierung unter diesen schwierigen Bedingungen eine Taktik des *Lavierens* und *Manövrierens* gegenüber dem ausländischen Imperialismus prinzipiell vollkommen zulässig ist. Das EKKI spricht sich gegen die Auffassung aus,

die die „Brester“ Taktik des Lavierens und Manövrierens, unter Berufung auf den nichtproletarischen Charakter der Staatsmacht, prinzipiell ausschließt.“

Insofern die KP-Chinas die Verantwortung für die Hankau-Regierung, deren Bestandteil sie ist, übernimmt und übernehmen muß, muß sie auch die Verantwortung für die unvermeidlichen taktischen Manöver derselben tragen.

Endlich erklärte das Plenum mit aller Bestimmtheit, daß

„es unzweckmäßig wäre, im gegenwärtigen Augenblick die Losung der Arbeiter- und Bauerndelegiertenräte aufzustellen: diese Losung würde (auf dem von der Hankau-Regierung beherrschten Gebiet) nichts anderes als die Parole der Proklamierung der R ä t e m a c h t bedeuten. — Sie würde eine Doppelherrschaft, den Kurs auf den Sturz der Hankau-Regierung, die Ueberspringung der Kuomintang-Form der Organisation der Massen und der Staatsmacht unmittelbar zur Rätemacht in China als der Staatsform der proletarischen Diktatur bedeuten. Bei der weiteren Entwicklung der Revolution, wo der Prozeß der demokratischen Revolution in die sozialistische umzuschlagen beginnt, wird es notwendig werden, Arbeiter-, Bauern- und Soldatendelegiertenräte zu bilden.“

Das Mai-Plenum des EKKI war ein Kampfplenum, es schloß in einer Situation des immer näherrückenden Krieges die Reihen der Komintern zu kommenden schweren Kämpfen zusammen. Deshalb verliefen die Arbeiten des Plenums mit großer Begeisterung und in voller Einmütigkeit. In den Kommissionen wurden sämtliche Fragen allseitig erörtert, kritische Bemerkungen, die von verschiedenen Seiten kamen, aufmerksam und geduldig angehört; doch diese Kritik war eine durchaus sachliche, sie fußte auf der prinzipiellen leninistischen Linie der Komintern, und so wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

In schroffem Gegensatz zu dieser Einmütigkeit des Plenums stand die Haltung der Vertreter der Opposition der KPSU, d. h. der Genossen Trotzki und Vujowitsch, deren Reden und zahlreiche Thesen, Artikel und Deklarationen, die von den abwesenden Genossen Sinowjew und Radek fabriziert worden waren, die Arbeit des Plenums aufs stärkste hinderten. In einer äußerst ernsten internationalen Situation, in einem Augenblick, wo alle Kräfte des Imperialismus ein heftiges Feuer gegen die Komintern, gegen die Sowjetunion und gegen das revolutionäre China eröffnen, haben sich diese Genossen nicht dazu aufschwingen können, auch nur einen praktischen Rat, auch nur einen praktischen Hinweis über Mittel und Wege zur Abwehr der wütenden Attacke des Weltimperialismus gegen diese Burgen der Revolution zu erteilen. Statt dessen haben sie die Schwierigkeiten der chinesischen Revolution, der Sowjetunion, der KPSU, der Komintern dazu benutzt, um daraus Fraktionskapital zu schlagen, sie haben sie zum Ausgangspunkt tückischer und erbitterter Angriffe gegen die Leitung der Komintern und ihrer Sektionen, für ihre Diskreditierung, für die Erhebung unerhörter verleumderischer Anklagen gemacht, und überdies, im Namen der „Freiheit der Kritik“, die breiteste Bekanntgabe ihrer geradezu empörenden Reden verlangt. Seinem Kern nach bedeutete ihr ganzes Vorgehen ein prinzipielles Abrücken vom Leninismus zum Trotzkiismus in dessen schlimmster Gestalt.

Wie während des Weltkrieges 1914 Genosse Trotzki die revolutionären Losungen Lenins, die den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln konnten und schließlich auch verwandelt haben, ablehnte, und ihnen nur revolutionäre Phrasen entgegenstellte, so vermochten auch dies-

mal er und seine Anhänger nicht, auch nur eine Losung aufzustellen, die die Massen gegen die drohende Intervention mobilisieren könnte. Das einzige, was sie in Verbindung mit der Kriegsgefahr verlangten, war die Auflösung des Englisch-Russischen Komitees, und diese ihre einzige Forderung deckt sich mit dem, was von der englischen konservativen Regierung mit Ungeduld erwartet und von den englischen Reformisten und Verrätern der Arbeiterklasse erstrebt wird, — denn diese sind sich darüber klar, daß dadurch die Vorbereitung einer Kriegsoffensive gegen die USSR außerordentlich erleichtert wäre.

Dem Komintern-Kurs zur Eroberung der Massen, der gegenwärtig angesichts der Kriegsgefahr von besonderer Aktualität ist, wurde von Trotzki und seinen Anhängern ein Kurs auf Annäherung an die Anarcho-Syndikalisten entgegengestellt, und zwar zu einer Zeit, wo alle ehrlichen anarcho-syndikalistischen Elemente, die eines Anschlusses an die kommunistische Bewegung fähig sind, von ihr bereits assimiliert, wo in ihren Reihen nur die schlimmsten Elemente geblieben sind, „die mit den schmutzigsten Mitteln, Seite an Seite mit den schlimmsten Weißgardisten gegen die Komintern und die Sowjetunion kämpfen“. Dem Kurs auf die Konsolidierung der Komintern-Kräfte, die angesichts des näherrückenden Krieges von besonderer Notwendigkeit ist, stellten sie „ein vollständiges politisches und organisatorisches Bündnis“ mit den aus der KPD ausgeschlossenen Renegaten der Gruppe Maslow-Ruth Fischer gegenüber und verlangten ihre „sofortige Wiederaufnahme in die Komintern“. Und dieses Verlangen wird in einem Augenblick gestellt, wo diese Renegaten sich zur Herausgabe einer antikommunistischen Tageszeitung rüsten und an der Schaffung einer konterrevolutionären „IV. Internationale“ arbeiten.

In der Frage der chinesischen Revolution stellten sie der Kominterntaktik im verflossenen Stadium der Revolution eine solche gegenüber, die zur Lösung des Proletariats von der nationalrevolutionären Bewegung, zum Verzicht auf die Hegemonie des Proletariats und zur Auslieferung aller Machtpositionen an die kapitalistische Bourgeoisie führen würde. Für die Zukunft aber verlangen sie eine Taktik der Doppelherrschaft auf dem von der Hankau-Regierung beherrschten Gebiet in der Gestalt von Sowjets sowie ein sofortiges Einschlagen des Kurses auf den Sturz der linken Kuomintang-Regierung.

„Dies ist nichts anderes als die Wiederholung des alten trotzkistischen Standpunktes, ein Ueberspringen des kleinbürgerlich-bäuerlichen Revolutionsstadiums, — d. h. ein Standpunkt, den Genosse Trotzki bereits 1905, gemeinsam mit den Menschewiki, gegenüber Lenin vertreten hat.“

Wenn man diesen ultralinken Standpunkt mit der Behauptung Trotzki's zusammenhält, die chinesische Revolution und die Komintern hätten im Laufe der letzten Jahre nichts wie Niederlagen erlitten und keinerlei Erfolg erzielt, so ist es vollkommen klar, daß sich hinter den ultralinken Phrasen Trotzki's und seiner Gesinnungsgenossen tiefster Pessimismus, Liquidatorentum und ein Desertieren von der Revolution verbirgt.

Im Augenblick der drohenden Kriegsgefahr lenkt Genosse Trotzki die Aufmerksamkeit von ihr ab und stellt die Losung auf: „die größte der Gefahren ist das Parteiregime“. Zum Kampfe gegen dieses Regime verlangt Trotzki, ebenso wie er es nach der Spaltung von 1903 gemeinsam mit den

Menschewiki tat, eine schrankenlose „Freiheit der Kritik“, auch wenn sie in der Bewerfung der Komintern mit Schmutz ihren Ausdruck findet — die Komintern führe eine angeblich „schmachvolle Politik“, die zum Siege des chinesischen Cavaignac Tschang Kai-schek beigetragen habe —, auch wenn sie darin gipfelt, daß sie die Sowjetmacht „einer national konservativen Beschränktheit“ beschuldigt — eine Beschuldigung, die mit dem sozialdemokratischen Geschrei über den „roten Imperialismus“ der Sowjetunion vollkommen harmoniert. Indem sie heute, im Augenblick der Kriegsgefahr, die Eröffnung einer breiten Diskussion verlangen, berufen sie sich auf die Diskussion während des Brester Friedens, verschweigen aber, daß Lenin damals gegen die Diskussion war, und sie nur deshalb möglich gewesen ist, weil das ZK der KPR sich damals in dieser Frage in zwei fast gleiche Hälften spaltete, während heute hinter der Opposition in der KPSU und in der Komintern nur ein verschwindend kleines Häuflein Parteigenossen steht.

Statt der Losung „Heute müssen wir bis zum Schluß gegen die imperialistische Offensive kämpfen“, stellte Trotzki die Losung auf: „Wir werden bis zum Schluß gegen diesen Kurs kämpfen“ — d. h. gegen Partei und Komintern.

Das ganze Plenum verurteilte einmütig diese Genossen in der schärfsten Form als politische Bankrotteure und Deserteure; es stellte fest, daß ihr Verhalten „mit ihrer Stellung als Mitglieder und Kandidaten des EKKI unvereinbar ist“ und erteilte dem Präsidium gemeinsam mit der Internationalen Kontrollkommission den Auftrag, „die Genossen Trotzki und Vujowitsch formell aus dem EKKI auszuschließen, wenn dieser Kampf nicht eingestellt wird“. Gleichzeitig forderte es das ZK der KPSU auf, „entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die KPSU vor dem Fraktionskampf der Genossen Trotzki und Sinowjew zu schützen“.

In seinen Kommissionen ließ das Plenum eine kameradschaftliche, sachliche Kritik einzelner Mängel und Fehler seitens aller Mitglieder des EKKI zu, ja es verlangte sie und hörte sie gerne an; doch einmütig und entrüstet wies das Plenum die übelwollende, feindliche, vom Leninismus prinzipiell abweichende, sich mit den Renegaten Maslow und Ruth Fischer solidarisierende Kritik durch die Opposition zurück. Das Plenum bewies, daß die Komintern in der gegenwärtigen gefahrvollen Stunde die Sowjetrepublik und das revolutionäre China verteidigen kann und wird, unter Aufrechterhaltung einer eisernen Disziplin in seinen Reihen als wahrhaft leninistischer Stab der Weltrevolution.

J. STALIN:  
DIE REVOLUTION IN CHINA UND DIE  
AUFGABEN DER KOMINTERN\*

1. Einige kleine Fragen

Genossen! Ich muß mich entschuldigen, daß ich mich heute zur Sitzung des Exekutivkomitees verspätet habe und die Rede des Genossen Trotzki, die er hier im Exekutivkomitee gehalten hat, nicht ganz anhören konnte. Doch glaube ich, daß Genosse Trotzki in den letzten Tagen dem Exekutivkomitee eine solche Menge von Literatur, Thesen und Briefen über die chinesische Frage zugeleitet hat, daß es uns an Material für die Kritik der Opposition nicht mangeln wird. Ich werde deshalb in meiner Kritik der Fehler des Genossen Trotzki von diesen Dokumenten ausgehen und zweifle nicht, daß diese Kritik zugleich eine Kritik der Grundlagen der heutigen Rede des Genossen Trotzki sein wird.

Ich werde nach Möglichkeit bemüht sein, in der Polemik das persönliche Element auszuschalten. Die persönlichen Angriffe der Genossen Trotzki und Sinowjew auf einzelne Mitglieder des Politbüros des ZK der KPSU und des Präsidiums des EKKI verdienen nicht, daß man sich bei ihnen aufhalte. Genosse Trotzki wollte in den Sitzungen des Exekutivkomitees der Komintern offenbar irgend einen Helden markieren, um die Arbeit des Exekutivkomitees in bezug auf die Fragen der Kriegsgefahr, der chinesischen Revolution usw. — in eine Arbeit zur Trotzki-Frage zu verwandeln. Ich bin der Meinung, Genosse Trotzki ist ein so großes Interesse gar nicht wert. (Zwischenruf: „Richtig“.) Um so mehr, da er eher an einen Komödianten erinnert als an einen Helden, und man keinesfalls einen Komödianten mit einem Helden verwechseln darf. Ich spreche schon gar nicht davon, daß für Bucharin und Stalin nichts Verletzendes darin liegt, wenn solche Leute, wie die Genossen Trotzki und Sinowjew, die durch das Siebente Erweiterte Plenum des Exekutivkomitees einer sozialdemokratischen Abweichung überführt sind, die Bolschewiki beschimpfen. Im Gegenteil, es wäre für mich die allergrößte Beleidigung, wenn Halbmenschewiki vom Typus der Genossen Trotzki und Sinowjew mich loben und nicht schelten würden.

Ebenso wenig werde ich mich darüber verbreiten, ob die Opposition mit ihren gegenwärtigen fraktionellen Auslassungen die von ihr am 19. Oktober 1926 übernommenen Verpflichtungen verletzt hat. Genosse Trotzki versichert, daß er gemäß der Deklaration der Opposition vom 16. Oktober 1926 das Recht habe, seine Auffassungen zu verteidigen. Das trifft natürlich zu. Wenn aber Genosse Trotzki zu behaupten gedenkt, daß damit die Deklaration erschöpft sei, so kann man dies nur als Sophismus bezeichnen. In der Deklaration der Opposition vom 16. Oktober ist nicht nur von dem Rechte der Opposition, ihre Ansichten zu verteidigen, sondern auch davon die Rede, daß

\* Rede des Genossen Stalin auf dem Plenum des EKKI am 24. Mai 1927.

diese Ansichten lediglich in einem unter dem Gesichtspunkt der Parteiinteressen zulässigen Rahmen verteidigt werden können, daß Fraktionelles aufgegeben und liquidiert werden muß, daß die Opposition verpflichtet ist, sich dem Willen der Partei und den Beschlüssen des ZK „vorbehaltlos zu unterwerfen“, daß die Opposition sich nicht nur diesen Beschlüssen unterwerfen, sondern sie auch gewissenhaft „durchführen“ muß. Bedarf es da nach alledem etwa noch eines Beweises, daß die Deklaration der Opposition vom 16. Oktober 1926 von ihr verletzt und in gröblichster Weise in Fetzen gerissen ist?

Ich werde mich ferner auch nicht über die unanständigen und grob verleumderischen Entstellungen des Standpunktes des ZK der KPSU und der Komintern in der chinesischen Frage verbreiten, wie sie in den zahlreichen Thesen, Aufsätzen und Reden der Opposition enthalten sind. Die Genossen Trotzki und Sinowjew behaupten in einem fort, daß das ZK der KPSU und die Komintern angeblich eine Politik der „Unterstützung“ der nationalen Bourgeoisie in China verteidigt haben und verteidigen. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß diese Behauptung der Genossen Trotzki und Sinowjew ein Hirngespinnst, eine Verleumdung und eine geflissentliche Entstellung der Tatsachen ist. In Wirklichkeit förderten das ZK der KPSU und die Komintern nicht eine Politik der Unterstützung der nationalen Bourgeoisie, sondern eine Politik der **A u s n ü t z u n g** der nationalen Bourgeoisie, **s o l a n g e** die Revolution in China eine Revolution der **a l l g e m e i n n a t i o n a l e n** vereinigten Front war, und setzten später **a n d i e S t e l l e** dieser Politik die Politik des **b e w a f f n e t e n K a m p f e s** gegen die nationale Bourgeoisie, als die Revolution in China zu einer **A g r a r r e v o l u t i o n** wurde, und die nationale Bourgeoisie von der Revolution abzurücken begann. Man braucht nur solche Dokumente einzusehen, wie die Resolution des 7. Erweiterten Plenums, den bekannten Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern, die Thesen Stalins für Propagandisten, endlich die in den letzten Tagen dem Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern überreichten Thesen des Genossen Bucharin, — um sich davon zu überzeugen. Das ganze Unglück der Opposition besteht eben darin, daß sie ohne Verleumdung und Entstellungen nicht auskommen kann.

Ich gehe nunmehr direkt zur Sache über.

## 2. Die bäuerliche Agrarrevolution als Grundlage der bürgerlich-demokratischen Revolution

Der Grundfehler des Genossen Trotzki besteht darin, daß er Sinn und Charakter der chinesischen Revolution nicht begreift. Die Komintern geht davon aus, daß im gegenwärtigen Augenblick der beherrschende Faktor des die Agrarrevolution antreibenden Druckes in China — die **U e b e r b l e i b s e l** des **F e u d a l i s m u s** sind. Die Komintern geht davon aus, daß die Ueberbleibsel des Feudalismus im chinesischen Dorfe und der ganze militaristisch-hürokratische Ueberbau über diese Ueberbleibsel mit allen **D j u - D s j u n s**, Gouverneuren, Generälen, Tschang Tso lin-Leuten und anderen, — jene Basis bilden, auf der die jetzige Agrarrevolution entstanden ist und weiter zur Entfaltung kommt. Wenn 70 Prozent der bäuerlichen Einkünfte in einer ganzen Reihe von Provinzen dem Gutsbesitzer und der Gentry gehören, wenn die Gutsbesitzer, die bewaffneten wie die unbewaffneten, nicht nur die

wirtschaftliche, sondern auch die administrative und juristische Macht in Händen haben, wenn bis auf den heutigen Tag noch in einer Reihe von Provinzen der mittelalterliche Kauf und Verkauf von Frauen und Kindern geübt wird, — so kann man nicht umhin, anzuerkennen, daß die Ueberbleibsel des Feudalismus die Hauptform des Druckes in den chinesischen Provinzen bilden. Gerade weil die feudalistischen Ueberbleibsel mit ihrem gesamten militaristisch-bürokratischen Ueberbau die Grundform der Unterdrückung in China bilden, — macht China gegenwärtig seine an Kraft und Umfang größte Agrarrevolution durch. Was aber ist eine Agrarrevolution? Sie ist die Grundlage und der Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution. Deshalb sagt denn auch die Komintern, daß China im gegenwärtigen Augenblick eine bürgerlich-demokratische Revolution durchmacht.

Die bürgerlich-demokratische Revolution in China ist jedoch nicht nur gegen die feudalistischen Ueberbleibsel gerichtet, sie richtet sich zugleich auch gegen den Imperialismus. Weshalb? Weil der Imperialismus mit seiner gesamten finanziellen und militärischen Macht in China jene Kraft ist, die die feudalistischen Ueberbleibsel mit ihrem ganzen bürokratisch-militaristischen Ueberbau unterstützt, inspiriert, kultiviert und konserviert, weil man die feudalistischen Ueberbleibsel in China nicht liquidieren kann, ohne zugleich einen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus in China zu führen; weil derjenige, der die feudalistischen Ueberbleibsel in China vernichten will, notgedrungen seine Hand gegen den Imperialismus und die imperialistischen Gruppierungen in China erheben muß; weil man, ohne einen entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus zu führen, die feudalistischen Ueberbleibsel in China nicht endgültig zerschlagen und liquidieren kann. Gerade deshalb sagt denn auch die Komintern, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in China zugleich eine antiimperialistische Revolution ist.

Die gegenwärtige Revolution in China bildet somit eine Zusammenfassung zweier Ströme der revolutionären Bewegung, der Bewegung gegen die feudalistischen Ueberreste und der Bewegung gegen den Imperialismus. Die bürgerlich-demokratische Revolution in China ist eine Vereinigung des Kampfes gegen die feudalistischen Ueberreste mit dem Kampfe gegen den Imperialismus.

Von dieser Auffassung geht die Komintern (und folglich auch das ZK der KPSU) bei den Fragen der chinesischen Revolution aus.

Welches ist nun der Ausgangspunkt für die Einstellung des Genossen Trotzki gegenüber der chinesischen Frage? Er ist dem soeben dargestellten Standpunkte der Komintern *d i a m e t r a l e n t g e g e n s e t z t*. Genosse Trotzki erkennt entweder gar nicht das Bestehen feudalistischer Ueberbleibsel in China an, oder er schreibt ihnen keine entscheidende Bedeutung zu. Genosse Trotzki (folglich auch die Opposition), der die Kraft und die Bedeutung des feudal-bürokratischen Druckes in China unterschätzt, ist der Meinung, daß die Hauptursache der chinesischen nationalen Revolution die nationale zollpolitische Abhängigkeit Chinas von den Ländern des Imperialismus bildet. Gestatten Sie mir, mich auf die bekannten Thesen des Genossen Trotzki zu berufen, die er dem ZK der KPSU und dem Exekutivkomitee der Komintern vor einigen Tagen zugestellt hat. Die Ueberschrift dieser Thesen des Genossen Trotzki lautet: „Die chinesische Revolu-

tion und die Thesen Stalins“. Genosse Trotzki schreibt in diesen Thesen folgendes:

„Im Innersten unhaltbar ist der Versuch des Genossen Bucharin, die opportunistische, kompromißlerische Linie durch Berufung auf die in der chinesischen Oekonomie angeblich vorherrschende Rolle der ‚Ueberbleibsel des Feudalismus‘ zu rechtfertigen. Selbst wenn die Beurteilung der chinesischen Wirtschaft durch den Genossen Bucharin sich auf wirtschaftliche Analysen gründete und nicht auf scholastische Definitionen des Begriffes ‚Ueberreste des Feudalismus‘, könnte man trotzdem eine Politik nicht rechtfertigen, die den April-Umsturz so offenkundig erleichtert hat. Die chinesische Revolution hat aus dem Grunde hauptsächlich einen nationalbürgerlichen Charakter, weil die Entwicklung der Produktivkräfte des chinesischen Kapitalismus auf die Schranke der staatlichen Zollabhängigkeit\* Chinas von den imperialistischen Ländern stößt.“

Befaßt man sich nur flüchtig mit diesem Zitat, so kann man glauben, daß Genosse Trotzki nicht gegen die Linie der Komintern in bezug auf den Charakter der chinesischen Revolution polemisiert, sondern gegen die „kompromißlerische Politik“ des Genossen Bucharin. Dies trifft natürlich nicht zu. In Wirklichkeit handelt es sich in diesem Zitat um die **V e r n e i n u n g** der „dominierenden Rolle“ der feudalistischen Ueberreste in China. In Wirklichkeit handelt es sich hier darum, die gegenwärtig entfachte Agrarrevolution in China als eine Revolution der Oberschichten, als eine sozusagen Antizollrevolution hinzustellen. Das Geschwätz von der „kompromißlerischen Politik“ des Genossen Bucharin brauchte Genosse Trotzki hier, um seinen Abfall von der Linie der Komintern zu decken. Das ist — ich sage es geradeheraus — ein gewöhnlicher Spitzbubentrick des Genossen Trotzki.

Nach Trotzki folgt also, daß die feudalistischen Ueberreste in China mit ihrem ganzen militaristisch-bürokratischen Ueberbau im gegenwärtigen Augenblick nicht die Haupttriebfeder der Revolution sind, sondern ein Faktor zweiten Grades, eine unbedeutende Kraft, die es lediglich verdient, in Gänsefüßchen angeführt zu werden.

Nach Trotzki folgt also, daß die „Hauptursache“ der nationalen Revolution in China die Zollabhängigkeit Chinas von den Imperialisten ist, daß die Revolution in China infolgedessen in der Hauptsache sozusagen eine Antizollrevolution ist.

Das ist nun der Ausgangspunkt der Konzeption des Genossen Trotzki. Das ist die Auffassung des Genossen Trotzki über den Charakter der chinesischen Revolution.

Gestatten Sie mir, zu bemerken, daß dieser Standpunkt der Standpunkt eines Staatsrates „Seiner Hoheit“ Tschang Tso-lins ist.

Wenn der Standpunkt des Genossen Trotzki richtig ist, dann muß man anerkennen, daß auch Tschang Tso-lin und Tschang Kai-scheck im Rechte sind, da sie weder eine Agrar- noch eine Arbeiterrevolution wünschen und lediglich dahin streben, die ungleichen Verträge zu beseitigen und die Zollautonomie Chinas herzustellen. Genosse Trotzki ist auf den Standpunkt eines Schreibers Tschang Tso-lins und Tschang Kai-scheks hinabgeglitten.

Wenn man die Ueberreste des Feudalismus in Gänsefüßchen setzen muß, wenn Bucharin und folglich auch die Komintern unrecht hat, daß die Ueberreste des Feudalismus eine dominierende Bedeutung im gegebenen Stadium der Revolution haben, wenn die Grundlage der chinesischen Revolution die Zollabhängigkeit ist, nicht aber der Kampf mit den feudalistischen Ueber-

\* Von mir gesperrt. J. St.

bleibseln und mit dem sie unterstützenden Imperialismus, — was bleibt denn da von der Agrarrevolution in China übrig? Woher kam denn die Agrarrevolution mit der Forderung der Beschlagnahme und Nationalisierung der gutsherrlichen Ländereien? Aus welchem Grunde hält man in einem solchen Falle die chinesische Revolution für eine bürgerlich - d e m o k r a - t i s c h e ? Ist es etwa keine Tatsache, daß die Agrarrevolution die Grundlage der bürgerlich - d e m o k r a t i s c h e n Revolution ist? Konnte etwa die Agrarrevolution vom Himmel fallen? Ist es etwa keine Tatsache, daß Millionen und Dutzende Millionen von Bauern in die grandiose Agrarrevolution in solchen Provinzen wie Hunan, Hupe, Honan usw., hineingezogen sind, wo die Bauern ihre eigene Macht, ihr eigenes Gericht, ihren Selbstschutz einrichten, die Gutsbesitzer vertreiben und mit ihnen „auf plebejische Weise“ verfahren? Woher konnte eine so machtvolle Agrarbewegung entstehen, wenn der feudal-militärische Druck nicht die dominierende Form der Unterdrückung in China wäre? Wie konnte diese machtvolle Bewegung von Dutzenden von Millionen Bauern zugleich einen antiimperialistischen Charakter annehmen, wenn man sich nicht auf den Standpunkt stellt, daß der Imperialismus der wichtigste Verbündete der feudal-militaristischen Bedrücker des chinesischen Volkes ist? Ist es nicht etwa eine Tatsache, daß man allein in Hunan gegenwärtig im Bauernbunde mehr als 2,5 Millionen Mitglieder zählt? Und wieviele Mitglieder zählt er jetzt in Hupe, in Honan, und wieviele wird es in der allernächsten Zeit in den anderen Provinzen Chinas geben? Und die „Roten Speere“, die Verbände der „Leeren Bäuche“ usw. — ist das alles etwa nur Hirngespinnst und nicht Realität? Kann man etwa ernstlich behaupten, daß die Agrarrevolution Dutzender von Millionen Bauern mit der Losung der Konfiszierung der gutsherrlichen Ländereien nicht gegen wirkliche und unzweifelhafte Ueberbleibsel des Feudalismus gerichtet ist, sondern gegen eingebildete Ueberbleibsel des Feudalismus in Gänsefüßchen? Ist es da etwa nicht klar, daß Genosse Trotzki auf den Standpunkt der Kanzleischreiber „Seiner Hoheit“ Tschang Tso-lins hinabgerutscht ist?

Wir haben somit zwei Grundlinien:

a) Die Linie der Komintern, die das Bestehen feudaler Ueberbleibsel in China als die beherrschende Form der Unterdrückung, die entscheidende Bedeutung der machtvollen Agrarbewegung, die Verknüpfung der Ueberreste des Feudalismus mit dem Imperialismus, den bürgerlich-demokratischen Charakter der chinesischen Revolution und die Verschärfung des Kampfes gegen den Imperialismus in Betracht zieht.

b) Die Linie des Genossen Trotzki, die die dominierende Bedeutung des feudal-militaristischen Druckes leugnet, die entscheidende Bedeutung der agrarrevolutionären Bewegung in China nicht sieht, und den antiimperialistischen Charakter der chinesischen Revolution nur durch die Interessen des die Zollautonomie Chinas fordernden chinesischen Kapitalismus erklärt.

Der Grundfehler des Genossen Trotzki (und folglich auch der Opposition) besteht in einer Unterschätzung der Agrarrevolution in China, wie in dem mangelnden Verständnis für den bürgerlich-demokratischen Charakter dieser Revolution, in der Verneinung der Voraussetzungen für die viele Millionen umfassende Agrarbewegung in China, in der Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft in der chinesischen Revolution.

Dieser Fehler ist beim Genossen Trotzki nichts Neues. Er bildet einen charakteristischen Zug der ganzen Linie des Genossen Trotzki in der gesamten Periode seines Kampfes gegen den Bolschewismus. Die Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft in der bürgerlich-demokratischen Revolution ist jener Fehler, den Genosse Trotzki seit 1905 macht, der besonders prägnant vor der Februarrevolution 1917 hervortrat und den er bis auf den heutigen Tag auch nicht abgelegt hat.

Gestatten Sie mir, daß ich mich auf einige Tatsachen aus dem Kampfe des Genossen Trotzki gegen den Leninismus berufe, z. B. auf die Zeit unmittelbar vor der Februarrevolution im Jahre 1917, als wir dem Siege der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland entgegengingen. Genosse Trotzki behauptete damals, daß im Hinblick darauf, daß unter der Bauernschaft sich die Differenzierung verstärkt hat, im Hinblick darauf, daß wir den Imperialismus haben und das Proletariat sich der bürgerlichen Nation gegenüberstellt, die Rolle der Bauernschaft sinken und die Agrarrevolution nicht jene Bedeutung erlangen werde, die man ihr im Jahre 1905 zugeschrieben habe. Was antwortete darauf Lenin? Gestatten Sie mir, ein Zitat aus einer Arbeit Lenins vom Jahre 1915 über die Rolle der Bauernschaft in der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland anzuführen:

„Die originelle Theorie Trotzki's (es handelt sich um die ‚permanente‘ Revolution Trotzki's. J. St.) nimmt von den Bolschewiki den Appell zum entschlossenen revolutionären Kampf des Proletariats und zur Eroberung der politischen Macht des Proletariats, und von den Menschewiki, die „Negation“ der Rolle des Bauerntums. Das Bauerntum hätte sich geschichtet, differenziert, seine eventuelle revolutionäre Rolle habe immer mehr abgenommen, in Rußland sei eine „nationale“ Revolution unmöglich: ‚Wir leben im Zeitalter des Imperialismus‘, und ‚der Imperialismus stellt nicht die bürgerliche Nation dem alten Regime gegenüber, sondern das Proletariat der bürgerlichen Nation‘.

Da haben wir ein kurioses Beispiel für das Spiel mit dem Wörtchen Imperialismus. Wenn in Rußland das Proletariat schon „der bürgerlichen Nation“ gegenübersteht, dann steht also Rußland direkt vor der sozialistischen Revolution! Dann ist die Losung „Beschlagnahme des Großgrundbesitzes“ (die von Trotzki 1915 nach der Januarkonferenz 1912 wiederholt wurde) unrichtig, dann muß man nicht von einer „revolutionären Arbeiterregierung“ reden, sondern von einer „sozialistischen Arbeiterregierung“! Welche Grenzen der Wirrwarr bei Trotzki erreicht, sieht man aus seinem Satze, daß das Proletariat durch Entschlossenheit auch die „nichtproletarischen (!) Volksmassen“ mit sich reißen würde! Trotzki dachte nicht daran, daß, wenn das Proletariat die nichtproletarischen Dorfmassen zur Beschlagnahme des Großgrundbesitzes mit sich reißen und die Monarchie stürzen würde, dies eben die Vollendung der „nationalen, bürgerlichen Revolution“ in Rußland bedeuten würde, dies eben die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats“ und der Bauernschaft bedeuten würde“.

Das ganze Jahrzehnt — das große Jahrzehnt — 1905-1915 hat das Vorhandensein von zwei und nur von zwei Klassenlinien der russischen Revolution erwiesen. Die Schichtung des Bauerntums hat den Klassenkampf innerhalb des Bauerntums verstärkt, hat sehr viele politisch schlafende Elemente geweckt und das ländliche Proletariat dem städtischen nahegebracht (auf einer besonderen Organisation des Landproletariats bestanden die Bolschewiki seit 1906 und setzten diese Forderung in die Resolution des Stockholmer menschewistischen Kongresses). Aber der Antagonismus zwischen dem Bauerntum und den Regierungscliquen hat sich verstärkt, zugespitzt, ist gewachsen. Das ist eine so offensichtliche Wahrheit, daß sogar Tausende von Phrasen in Dutzenden von Pariser Artikeln Trotzki's sie nicht widerlegen werden. In Wirklichkeit kommt Trotzki den liberalen Arbeiterpolitikern Ruß-

\* Von mir gesperrt. J. St.

lands entgegen, die unter der „Negation“ der Rolle des Bauerntums die Unlust verstehen, die Bauern aufzurütteln.

Und das ist jetzt der ganze Haken\*.“

Und diese Besonderheit des Entwurfs des Genossen Trotzki, die darin besteht, daß er die Bourgeoisie sieht, das Proletariat sieht, die Bauernschaft jedoch nicht bemerkt und die Rolle derselben in der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht begreift, — eben diese Besonderheit bildet denn auch den Grundfehler der Opposition in der chinesischen Frage.

Darin besteht ja gerade der „Halbmenschewismus“ des Genossen Trotzki und der Opposition in der Frage des Charakters der chinesischen Revolution. Aus diesem Grundfehler resultieren alle übrigen Fehler der Opposition, die ganze Wirrnis in den Thesen der Opposition zur chinesischen Frage.

### 3. Die rechte Kuomintang in Nanking, die die Kommunisten ausrottet, und die linke Kuomintang in Wuhan, die ein Bündnis mit den Kommunisten unterhält

Nehmen wir beispielsweise die Wuhan-Frage. Die Einstellung der Komintern zur Frage der revolutionären Rolle Wuhans ist bekannt und vollkommen klar. Da China eine Agrarrevolution durchmacht, da ein Sieg der Agrarrevolution auch den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution, der Sieg der revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist, da Nanking das Zentrum der nationalen Konterrevolution, Wuhan aber das Zentrum der revolutionären Bewegung in China ist, — so ist die Unterstützung der Wuhaner Kuomintang, die Beteiligung der Kommunisten an dieser Kuomintang und ihrer revolutionären Regierung notwendig, — unter der Bedingung, daß die Hegemonie des Proletariats und seiner Partei sowohl innerhalb der Kuomintang, wie außerhalb der Kuomintang gesichert wird. Ist die gegenwärtige Wuhan-Regierung ein Organ der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft? Nein, zunächst ist sie es nicht und wird es auch nicht allzubald werden. Sie hat aber alle Chancen, sich mit der weiteren Entwicklung der Revolution, mit den Erfolgen dieser Revolution zu einem solchen Organ zu entwickeln.

Das ist die Linie der Komintern.

Ganz anders sieht Genosse Trotzki die Sache an. Er ist der Meinung, Wuhan sei eine „Fiktion“ und nicht das Zentrum der revolutionären Bewegung. Auf die Frage, was gegenwärtig die linke Kuomintang darstelle, erwidert Genosse Trotzki: „Zunächst noch nichts oder fast noch nichts“. (Siehe Trotzki, „Die chinesische Revolution und die Thesen Stalins“.) Angenommen, Wuhan wäre eine Fiktion. Wenn aber Wuhan eine Fiktion ist, weshalb fordert da Genosse Trotzki nicht den entschiedenen Kampf gegen diese Fiktion? Seit wann unterstützen denn Kommunisten eine Fiktion, beteiligen sich Kommunisten an einer Fiktion, stehen an der Spitze einer Fiktion usw.? Ist es etwa nicht eine Tatsache, daß die Weigerung von Kommunisten, gegen eine Fiktion anzukämpfen, einen Betrug am Proletariat und an der Bauernschaft darstellt? Weshalb schlägt Genosse Trotzki nicht den Kampf gegen die Fiktion vor, wenn auch nur auf dem Wege einer langsamen Loslösung der Kommunisten von der Wuhan-Regierung? Weshalb schlägt Genosse Trotzki vor, diese Fiktion weiter mitzumachen, sich

\* Lenin: Gegen den Strom, Seite 296 f.

nicht von ihr zurückzuziehen? Wo liegt hier die Logik? Erklärt sich diese logische Ungereimtheit nicht etwa dadurch, daß Genosse Trotzki, nachdem er gegenüber Wuhan zum Schlage ausgeholt und es als eine Fiktion bezeichnet hat, bald kleinmütig geworden ist und sich nicht entschließen konnte, die entsprechende Folgerung in seinen Thesen zu ziehen?

Oder nehmen wir beispielsweise Sinowjew. In seinen im Plenum des ZK der KPSU im April dieses Jahres verteilten Thesen bezeichnet Genosse Sinowjew die Kuomintang in Wuhan als Regierung der Kemalisten aus der Periode des Jahres 1920. Die Regierung der Kemalisten ist aber eine Regierung des Kampfes gegen Arbeiter und Bauern, eine Regierung, in der für Kommunisten kein Platz ist und nicht sein kann. Man sollte glauben, aus einer solchen Qualifizierung Wuhans könne nur eine Schlußfolgerung gezogen werden: Der entschiedene Kampf gegen Wuhan, der Sturz der Wuhan-Regierung. Das wäre aber nur die Denkweise gewöhnlicher Menschen mit gewöhnlicher menschlicher Logik. Genosse Sinowjew denkt anders. Während er die Wuhan-Regierung in Hankau als Kemalistenregierung bezeichnet, schlägt er zugleich vor, dieser selben Regierung den energischsten Beistand zu leisten, schlägt er vor, die Kommunisten sollten sie nicht verlassen, und der Kuomintang in Wuhan nicht den Rücken kehren usw. Er sagt direkt:

„Man muß Hankau den energischsten und allseitigsten Beistand leisten, indem man von dorthier den Widerstand gegen die Cavaignacs organisiert. In der allernächsten Zeit müssen die Kräfte darauf konzentriert werden, die Organisation und Konsolidierung Hankaus zu fördern.“ (Siehe die Thesen Sinowjews.)

Das verstehe, wer kann! Genosse Trotzki sagt, Wuhan sei eine Fiktion. Genosse Sinowjew behauptet, umgekehrt, Wuhan sei eine Kemalistenregierung. Hieraus müßte der Schluß gezogen werden: Kampf gegen die Fiktion oder Kampf für die Beseitigung der Wuhan-Regierung. Was sehen wir aber? Sowohl Genosse Trotzki wie Sinowjew schrecken vor dieser aus ihren Voraussetzungen notgedrungen resultierenden Schlußfolgerung zurück, und Genosse Sinowjew geht sogar weiter, indem er den „energischsten und allseitigsten Beistand für Hankau“ vorschlägt. Was besagt dies alles? Es besagt, daß sich die Opposition in Widersprüche verstrickt hat, daß sie die Fähigkeit verloren hat, logisch zu denken und aller Perspektiven bar ist.

Verwirrung in den Anschauungen, Verlust jeder Perspektive gegenüber der Wuhanfrage, — das ist der Standpunkt Trotzki's und der Opposition, wenn man eine Verwirrung überhaupt als Standpunkt bezeichnen kann.

#### 4. Ueber die Arbeiter- und Bauerndelegiertenräte in China

Oder nehmen wir beispielsweise noch die andere Frage der Arbeiter- und Bauernräte in China. In der Frage der Bildung von Räten haben wir drei Resolutionen, die vom 2. Kongreß der Komintern angenommen wurden: Die Thesen Lenins über die Bildung nichtproletarischer Bauernräte in rückständigen Ländern, die Thesen Roys über die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten in solchen Ländern wie China und Indien und die speziellen Thesen: „Wann und unter welchen Verhältnissen können Arbeiterdelegiertenräte gebildet werden“.

Die Thesen Lenins behandeln die Bildung von „Bauern“- , „Volks“- , nichtproletarischen Räten in solchen Ländern wie Turkestan, wo

es kein oder nur wenig Industrieproletariat gibt. Die Thesen Lenins enthalten kein Wort über die Bildung von Arbeiterdelegiertenräten in solchen Ländern. Hierbei bezeichnen die Thesen Lenins als eine der notwendigsten Bedingungen für die Entwicklung und Bildung von „Bauern“- „Volks“-räten in rückständigen Ländern die direkte Unterstützung der Revolution in diesen Ländern durch das Proletariat der USSR. Es ist ganz klar, daß diese Thesen nicht China oder Indien im Auge haben, wo ein gewisses Minimum an Industrieproletariat besteht und wo die Bildung von Arbeiterräten unter gewissen Bedingungen die Voraussetzung für die Bildung von Bauernräten ist, sondern andere, rückständigere Länder, wie Persien usw.

Die Thesen des Genossen Roy beziehen sich in der Hauptsache auf China und Indien, wo ein Industrieproletariat existiert. In diesen Thesen wird unter gewissen Bedingungen, in der Uebergangsperiode von der bürgerlichen Revolution zur proletarischen, die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten vorgeschlagen. Es ist ganz klar, daß diese Thesen sich direkt auf China beziehen. Die besonderen Thesen des 2. Weltkongresses unter der Bezeichnung „Wann und unter welchen Verhältnissen können Arbeiterdelegiertenräte gebildet werden“, sprechen von der Rolle der Arbeiterräte auf Grund der Erfahrung aus der Revolution in Rußland und Deutschland. Diese Thesen behaupten, daß „Räte ohne eine proletarische Revolution sich unvermeidlich in eine Parodie der Räte verwandeln“. Es ist klar, daß wir bei der Erörterung der Frage der sofortigen Bildung von Arbeiter- und Bauernräten in China auch diese letzteren Thesen berücksichtigen müssen.

Wie steht es um die Frage der sofortigen Bildung von Arbeiter- und Bauernräten in China, wenn man hierbei sowohl die gegenwärtige Situation in China und das Bestehen der Kuomintang in Wuhan als Zentrum der revolutionären Bewegung, wie auch die Direktiven der beiden letzten Thesen des 2. Kongresses der Komintern berücksichtigt?

Jetzt im Gebiete der Tätigkeit der Wuhan-Regierung Arbeiter- und Bauernräte bilden, — das hieße eine Doppelherrschaft schaffen, das hieße, die Losung des Kampfes für den Sturz der linken Kuomintang und für die Bildung einer neuen, einer Sowjetgewalt in China ausgeben. Arbeiter- und Bauernräte sind Kampforgane für den Sturz der bestehenden Gewalt, Kampforgane für eine neue Gewalt. Die Entstehung von Arbeiter- und Bauernräten muß notgedrungen eine Doppelherrschaft schaffen, und die Doppelherrschaft muß notgedrungen zu einer Zuspitzung der Frage führen, wem die ganze Macht gehören müsse. So lag die Sache in Rußland im März, April, Mai, Juni 1917. Damals bestand die Provisorische Regierung, die die Hälfte der Macht, wohl aber eine realere Macht in Händen hatte, da sie noch immer von den Truppen unterstützt wurde. Daneben bestanden auch die Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte, die gleichfalls die Hälfte der Macht in Händen hatten, wenn auch nicht eine so reale wie die Provisorische Regierung. Die Losung der Bolschewiki war damals Sturz der Provisorischen Regierung und Konzentrierung der ganzen Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte. Kein Bolschewik dachte damals an einen Eintritt in die Provisorische Regierung, denn man kann nicht gut in eine Regierung eintreten, wenn man zugleich auf den Sturz derselben hinarbeitet. Kann man also etwa sagen, daß die Situation in Rußland im März bis Juni 1917 der jetzigen Situation in China analog gewesen sei? Nein, das

kann man nicht sagen. Nicht allein deshalb darf man es nicht sagen, weil Rußland damals vor der proletarischen Revolution stand, während China jetzt vor der bürgerlich-demokratischen Revolution steht, sondern auch deshalb, weil die Provisorische Regierung in Rußland damals eine Regierung der Konterrevolution war, während die jetzige Regierung in Wuhan eine revolutionäre Regierung im bürgerlich-demokratischen Sinne dieses Wortes ist.

Was schlägt uns nun im Zusammenhange damit die Opposition vor? Sie schlägt die sofortige Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten in China als Zentren zur Organisierung der revolutionären Bewegung vor. Arbeiter- und Bauernräte sind aber nicht nur Zentren zur Organisierung einer Revolutionsbewegung. Sie sind vor allem und in der Hauptsache Organe der Erhebung gegen die bestehende Gewalt, Organe zur Schaffung einer neuen revolutionären Gewalt. Die Opposition begreift nicht, daß **a l l e i n** als Organe eines Aufstandes, allein als Organe einer neuen Gewalt, die Arbeiter- und Bauernräte in Zentren einer revolutionären Bewegung verwandelt werden können. Ohne dieses werden die Arbeiterräte zu einer Fiktion, zu einem Anhängsel der bestehenden Gewalt, wie dies in Deutschland im Jahre 1918 und in Rußland im Juli 1917 der Fall gewesen ist. Begreift die Opposition etwa, daß die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten jetzt die Schaffung einer Doppelherrschaft der Räte und der Wuhan-Regierung bedeutet und notgedrungen zu der Losung des Sturzes der Wuhan-Regierung führt? Ich bezweifle sehr, daß Genosse Sinowjew diese einfache Sache begreift. Genosse Trotzki begreift sie aber vollkommen, denn er sagt ja in seinen Thesen direkt: „Die Losung der Räte bedeutet den Aufruf zur Schaffung wirklicher Organe der Gewalt über das Uebergangsregime der Doppelherrschaft hinweg“. (Siehe die Thesen Trotzki's „Die chinesische Revolution und die Thesen Stalins“.)

Es handelt sich demnach darum, daß wir mit der Bildung von Räten in China zugleich das „Regime der Doppelherrschaft“ schaffen, die Wuhan-Regierung stürzen und eine neue, revolutionäre Regierungsgewalt bilden. Genosse Trotzki nimmt sich hier offenbar die Ereignisse aus der Geschichte der Revolution in Rußland in der Periode vor dem Oktober 1917 zum Beispiel. Damals bestand bei uns wirklich eine Doppelherrschaft, und wir stürzten damals wirklich die Provisorische Regierung. Ich habe aber schon gesagt, daß niemand damals daran gedacht hat, in die Provisorische Regierung einzutreten. Weshalb schlägt der Genosse Trotzki jetzt nicht den sofortigen Austritt aus der Kuomintang und aus der Wuhan-Regierung vor? Wie kann man Räte bilden, ein Regime der Doppelherrschaft aufrichten und zugleich derselben Wuhan-Regierung angehören, die man stürzen möchte? Die Thesen des Genossen Trotzki geben keine Antwort auf diese Frage. Es ist aber ganz klar, daß Genosse Trotzki sich im Dickicht seiner eigenen Widersprüche trostlos verlaufen hat. Er verwechselt da bürgerlich-demokratische Revolution mit proletarischer Revolution. Er hat „vergessen“, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in China nicht nur nicht vollendet ist und bisher nicht nur nicht gesiegt hat, sondern sich gar noch in der ersten Entwicklungsphase befindet. Genosse Trotzki begreift nicht, daß ein Verzicht auf die Unterstützung der Wuhan-Regierung, die Aufstellung der Losung einer Doppelherrschaft und des Sturzes der Wuhan-

Regierung durch sofortige Bildung von Räten, im gegenwärtigen Augenblick eine direkte und unzweifelhafte Unterstützung Tschang Kai-schecks und Tschang Tso-lins bedeutet.

Man sagt uns: wie ist denn aber in einem solchen Falle die Bildung von Arbeiterräten in Rußland im Jahre 1905 zu verstehen, haben wir etwa damals keine bürgerlich-demokratische Revolution durchgemacht? Nun, erstens gab es damals im ganzen zwei Räte — in Leningrad und in Moskau, und das Bestehen von zwei Räten schuf in Rußland noch kein System der Sowjetgewalt. Zweitens waren die Leningrader und Moskauer Räte damals Organe der Erhebung gegen die alte zaristische Gewalt, ein Umstand, der noch einmal bestätigt, daß man die Räte lediglich als Zentren zur Organisation der Revolution ansehen darf, daß die Räte solche Zentren nur als Organe des Aufstandes und als Organe einer neuen Gewalt sein können. Drittens besagt die Geschichte der Arbeiterräte, daß solche Räte nur in dem Falle bestehen und sich weiter entwickeln können, wenn günstige Bedingungen für einen unmittelbaren Uebergang der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen Revolution vorhanden sind, wenn also günstige Bedingungen für den Uebergang von der bürgerlichen Macht zur Diktatur des Proletariats vorhanden sind. Sind die Arbeiterräte in Leningrad und Moskau im Jahre 1905 ebenso wie die Arbeiterräte in Deutschland im Jahre 1918 nicht etwa deshalb zugrunde gegangen, weil damals diese günstigen Voraussetzungen nicht bestanden haben?

Möglicherweise hätte es im Jahre 1905 in Rußland keine Räte gegeben, wenn es damals in Rußland eine ausgedehnte revolutionäre Organisation in der Art der jetzigen linken Kuomintang in China gegeben hätte. Eine solche Organisation konnte jedoch damals in Rußland nicht bestehen, denn es gab unter den russischen Arbeitern und Bauern keine Elemente des nationalen Druckes, vielmehr unterdrückten die Russen selbst die anderen Nationalitäten; eine Organisation in der Art der linken Kuomintang kann aber lediglich unter Verhältnissen des nationalen Druckes entstehen, der die revolutionären Elemente eines Landes in einer ausgedehnten Organisation zusammenfaßt. Nur Blinde können die Rolle der linken Kuomintang als Organ des revolutionären Kampfes, als Organ für die Erhebung gegen die feudalistischen Ueberreste und den Imperialismus in China bestreiten. Was folgt aber daraus? Daraus folgt, daß die linke Kuomintang in China für die gegenwärtige bürgerlich-demokratische Revolution in China ungefähr die gleiche Rolle spielt, die die Sowjets im Jahre 1905 für die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland gespielt haben. Etwas anderes wäre es, wenn es in China keine so populäre und revolutionär-demokratische Organisation wie die linke Kuomintang gäbe. Da es nun aber eine solche spezifisch-revolutionäre Organisation gibt, die den Besonderheiten der chinesischen Verhältnisse angepaßt ist und ihre Eignung für das Vorwärtsschreiten der bürgerlich-demokratischen Revolution in China erwiesen hat, so wäre es dumm und unverständlich, wollte man diese in langen Jahren geschaffene Organisation jetzt, wo die bürgerlich-demokratische Revolution eben erst begonnen hat, noch nicht vollends gesiegt hat und auch nicht allzu bald siegen wird, zerstören.

Davon ausgehend, ziehen einige Genossen den Schluß, daß man die Kuomintang auch in Zukunft beim Uebergang zur proletarischen Revolution als

Form einer staatlichen Organisierung der Diktatur des Proletariats werde benutzen können, und sehen darin die Möglichkeit eines friedlichen Ueberganges von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen Revolution. Die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution ist im allgemeinen natürlich nicht ausgeschlossen. Bei uns in Rußland sprach man zu Beginn des Jahres 1917 ebenfalls von der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution durch die Sowjets. Nun ist einmal die Kuomintang keine Räteorganisation, und wenn sie auch einer Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Revolution angepaßt ist, so bedeutet dies noch nicht, daß sie der Entwicklung einer proletarischen Revolution angepaßt werden kann, während die Arbeiterdelegiertenräte die geeignetste Form der Diktatur des Proletariats darstellen. Zweitens erwies sich selbst bei den Sowjets in Rußland ein friedlicher Uebergang zur proletarischen Revolution in Wirklichkeit als ausgeschlossen. Drittens gibt es in China so wenig proletarische Zentren, der Feinde der chinesischen Revolution aber so zahlreiche und so starke, daß jedes Vorwärtsschreiten der Revolution und jeder Vorstoß seitens der Imperialisten notgedrungen von neuen Abspaltungen von der Kuomintang und von einer erneuten Stärkung der Kommunistischen Partei auf Kosten der Autorität der Kuomintang begleitet sein wird. Ich glaube, daß man eine friedliche Entwicklung der chinesischen Revolution für ausgeschlossen halten muß. Ich bin der Meinung, daß man Arbeiter- und Bauerndelegiertenräte in China unbedingt in der Uebergangsperiode von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen bilden müssen. Denn ohne Arbeiter- und Bauerndelegiertenräte ist ein solcher Uebergang unmöglich. Man muß zuerst die Ausbreitung der Agrarbewegung über ganz China abwarten, man muß Wuhan stärken und es in seinem Kampfe gegen das feudal-bürokratische Regime unterstützen, muß Wuhan dazu verhelfen, einen Sieg über die Konterrevolution davonzutragen, muß in ausgedehntem Maße und überall Bauernverbände, Arbeitergewerkschaften und andere revolutionäre Organisationen als Basis für die Bildung von Räten schaffen, muß der Kommunistischen Partei Chinas die Möglichkeit geben, ihren Einfluß in der Bauernschaft und in der Armee zu stärken — und erst dann müssen Arbeiter- und Bauerndelegiertenräte gebildet werden als Organe des Kampfes für eine neue Gewalt, als Faktoren der Doppelherrschaft, als Faktoren für die Vorbereitung des Ueberganges von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen.

Die Bildung von Arbeiterräten in China ist kein leeres Wort oder keine leere „revolutionäre“ Deklamation. Man darf diese Frage nicht so leichtfertig betrachten, wie es Genosse Trotzki tut. Arbeiter- und Bauernräte bilden, das heißt vor allem die Kuomintang verlassen, denn man kann nicht Räte bilden und eine Doppelherrschaft weitertreiben, indem man Arbeiter und Bauern zur Schaffung einer neuen Gewalt aufruft, gleichzeitig aber in der Kuomintang und in ihrer Regierung weiter verbleiben. Arbeiterdelegiertenräte bilden, das heißt den jetzigen Block innerhalb der Kuomintang durch einen Block außerhalb der Kuomintang ersetzen, durch einen Block, der jenem analog ist, welchen die Bolschewiki im Oktober 1917 mit den linken RS bildeten. Warum? Darum, weil es sich, während dort bei der bürgerlich-demokratischen Revolution von der Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft die Rede ist

(womit die Politik des Blockes innerhalb der Kuomintang vollkommen im Einklang steht), hier, bei der Bildung von Räten und beim Uebergang zur proletarischen Revolution, um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, um die Bildung der Rätewacht handeln wird; eine solche Macht kann aber lediglich unter der Leitung einer Partei, der Partei der Kommunisten vorbereitet und geschaffen werden.

Weiter. Die Arbeiterdelegiertenräte verpflichten. Zurzeit verdienen die Arbeiter in China monatlich 8 bis 15 Rubel, leben in ganz unmöglichen Verhältnissen, arbeiten übermäßig viel. Dem muß und kann jetzt schon ein Ende gemacht werden, indem der Arbeitslohn erhöht, der achtstündige Arbeitstag eingeführt, die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse verbessert werden usw. Bei Bestehen von Arbeiterdelegiertenräten werden die Arbeiter hierbei aber nicht haltmachen. Sie werden den Kommunisten sagen — und zwar mit vollem Recht —, „wenn wir Räte haben, und die Räte Organe der Gewalt sind, kann man da die Bourgeoisie nicht vielleicht drücken und ‚ein wenig‘ expropriieren?“ Die Kommunisten würden auch nur leere Schwätzer sein, wenn sie nicht mit der Expropriierung der Bourgeoisie bei Bestehen von Arbeiter- und Bauerndelegiertenräten begännen. Kann und muß man aber damit auch schon jetzt, in der gegebenen Phase der Revolution beginnen? Nein, das soll man nicht. Kann und muß man in Zukunft von einer Expropriierung der Bourgeoisie bei Bestehen von Arbeiter- und Bauerndelegiertenräten absehen? Nein, das darf man nicht. Jedoch glauben, daß man hierbei den Block der Kommunisten innerhalb der Kuomintang erhalten kann, — das hieße einer Illusion verfallen und die Mechanik des Kampfes der Klassenkräfte in der Periode des Ueberganges von der bürgerlichen Revolution zur proletarischen nicht verstehen.

So verhält es sich mit der Frage der Bildung von Arbeiter- und Bauerndelegiertenräten in China.

Wie Sie sehen, ist diese Frage nicht so einfach, wie sie uns einige überaus leichtfertige Menschen von der Art eines Trotzki und Sinowjew darstellen wollen.

Ist denn überhaupt von einem prinzipiellen Standpunkte aus eine Beteiligung und eine Zusammenarbeit von Marxisten mit der revolutionären Bourgeoisie in einer gemeinsamen revolutionär-demokratischen Partei oder an einer gemeinsamen revolutionär-demokratischen Regierung zulässig? Einige Oppositionelle meinen, dies sei nicht zulässig. Die Geschichte des Marxismus lehrt aber, daß eine solche Beteiligung unter gewissen Bedingungen und für einen bestimmten Zeitabschnitt durchaus zulässig ist. Ich könnte mich auf das Beispiel von Marx berufen, der im Jahre 1848 in Deutschland während der Revolution gegen den deutschen Absolutismus zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen dem bürgerlich-demokratischen Bund der Rheinprovinz angehörte, und das Organ dieser revolutionär-demokratischen Partei, die „Neue Rheinische Zeitung“ redigiert hat. Obwohl sie diesem bürgerlich-demokratischen Bunde angehörten und die revolutionäre Bourgeoisie vorwärtsdrängten, kritisierten Marx und seine Gesinnungsgenossen in jeder Weise die Halbheit ihrer Verbündeten von rechts, ebenso wie die Kommunistische Partei in China trotz ihrer Gemeinschaft mit der Kuomintang alle Schwankungen und die Halbheiten ihrer Verbündeten aus der linken Kuomintang kritisieren muß. Man

kann über die Zweckmäßigkeit der Zugehörigkeit Marxens und seiner Gesinnungsgenossen zu diesem bürgerlich-demokratischen Bunde im Jahre 1848 streiten oder auch nicht streiten. Rosa Luxemburg ist beispielsweise der Meinung, daß Marx diesem bürgerlich-demokratischen Bunde nicht beitreten durfte. Das ist eine Frage der Taktik. Daß aber Marx und Engels prinzipiell die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit einer Zugehörigkeit zum Bestande einer bürgerlich-revolutionären Partei in der Periode einer bürgerlich-demokratischen Revolution, unter gewissen Bedingungen und für eine bestimmte Zeit zugelassen haben, — darüber kann keinerlei Zweifel bestehen. Was die Beteiligung von Marxisten an einer revolutionär-demokratischen Regierung und eine Zusammenarbeit daselbst mit der revolutionären Bourgeoisie betrifft, und zwar unter bestimmten Bedingungen und in einer bestimmten Situation, so besitzen wir darüber Direktiven solcher Marxisten wie Engels und Marx. Bekanntlich hat sich Engels in seiner Broschüre „Die Bakunisten an der Arbeit“ für eine solche Beteiligung ausgesprochen. Auch ist es bekannt, daß auch Lenin im Jahre 1905 sich für die Zulässigkeit einer solchen Beteiligung an einer bürgerlich-demokratischen revolutionären Regierung ausgesprochen hat.

### 5. Zwei Linien

Wir haben also in der chinesischen Frage zwei vollkommen abweichende Linien vor uns. Die Linie der Komintern und die Linie der Genossen Trotzki und Sinowjew.

#### Die Linie der Komintern

Die Ueberbleibsel des Feudalismus und der sich auf sie stützende bürokratisch-militaristische Ueberbau, der die allseitige Unterstützung der Imperialisten aller Länder besitzt, ist ein Grundfaktor der chinesischen Wirklichkeit. China durchlebt im gegenwärtigen Augenblick eine Agrarrevolution, die ebensowohl gegen die Ueberbleibsel des Feudalismus wie gegen den Imperialismus gerichtet ist. Die Agrarrevolution bildet Grundlage und Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution in China. Die Kuomintang in Wuhan und die Wuhan-Regierung sind das Zentrum der bürgerlich-demokratischen revolutionären Bewegung, Nanking und die Nanking-Regierung bilden das Zentrum der nationalen Konterrevolution. Die Politik der Unterstützung Wuhans ist zugleich die Politik der Entfaltung der bürgerlich-demokratischen Revolution mit allen hieraus resultierenden Folgerungen. Daher die Beteiligung der Kommunisten an der Wuhan-Kuomintang und an der revolutionären Wuhan-Regierung, eine Beteiligung, die die allseitige Kritik der Kommunisten an der Halbheit und den Schwankungen ihrer Bundesgenossen in der Kuomintang nicht ausschließt, sondern voraussetzt. Diese Beteiligung der Kommunisten muß ausgenützt werden, um dem Proletariat die Rolle des Hegemons in der chinesischen bürgerlich-demokratischen Revolution zu erleichtern und den Moment des Uebergangs zur proletarischen Revolution näherzubringen. In dem Augenblicke, wo die bürgerlich-demokratische Revolution sich dem vollständigen Siege nähern wird, und wo im Verlauf der bürgerlichen Revolution sich die Anzeichen des Ueberganges zur proletarischen Revolution bemerkbar machen werden, — in diesem Augenblicke müssen Arbeiter-, Bauern- und Soldatendelegiertenräte gebildet werden — als Faktoren der Doppelherrschaft, als Organe des Kampfes um

eine neue Macht, als Organe der neuen Macht, der Macht der Räte. Zu diesem Zeitpunkt muß der Block der Kommunisten innerhalb der Kuomintang durch einen Block außerhalb der Kuomintang ersetzt werden, und die kommunistische Partei muß die einzige Führerin der neuen Revolution in China werden. Jetzt die sofortige Bildung einer Doppelherrschaft fordern, wie es die Genossen Trotzki und Sinowjew tun, jetzt, wo die bürgerlich-demokratische Revolution sich noch in der Anfangsphase ihrer Entwicklung befindet, wo die Kuomintang die am meisten geeignete und den spezifischen Besonderheiten Chinas am meisten entsprechende Organisationsform der national-demokratischen Revolution darstellt, bedeutet, die revolutionäre Bewegung desorganisieren, Wuhan schwächen, seinen Fall erleichtern und Tschang Tso-lin und Tschang Kai-scheck Hilfe bringen.

### Die Linie der Genossen Trotzki und Sinowjew

Die Ueberbleibsel des Feudalismus in China — das ist ein Hirngespinnst des Genossen Bucharin. Es gibt so etwas in China überhaupt nicht, oder aber in so unbedeutendem Maße, daß es keinerlei ernsthafte Bedeutung haben kann. Eine Agrarrevolution gibt es in China, wie es sich herausstellt. Woher sie gekommen ist, darin kann selbst der Teufel sich nicht zurechtfinden (Lachen). Da sie nun aber einmal da ist, diese Agrarrevolution, so muß man sie natürlich auf die eine oder andere Weise unterstützen. Die Hauptsache ist aber jetzt nicht die Agrarrevolution, sondern die Revolution für die Zollautonomie Chinas, sozusagen die Anti-Zollrevolution. Die Wuhan-Kuomintang und die Wuhan-Regierung sind entweder eine „Fiktion“ (Trotzki), oder ein Kemalismus (Sinowjew). Einerseits muß man die Doppelherrschaft zwecks **Niederwerfung** der Wuhan-Regierung durch sofortige Bildung von Räten schaffen (Trotzki). Andererseits muß man die Wuhan-Regierung **festigen**, muß der Wuhan-Regierung energische und allseitige **Hilfe** leisten, und das ebenfalls, wie es sich herausstellt, durch sofortige Bildung von Räten (Sinowjew). Eigentlich müßten die Kommunisten sich unverzüglich von dieser „Fiktion“, aus der Wuhan-Regierung und aus der Wuhan-Kuomintang entfernen. Im übrigen wäre es aber besser, wenn sie diese „Fiktion“ mitmachten, das heißt in der Wuhan-Regierung und in der Wuhan-Kuomintang verblieben. Weshalb sie aber in Wuhan verbleiben sollen, wenn Wuhan eine „Fiktion“ ist — das mag der liebe Herrgott wissen. Wer aber damit nicht einverstanden ist, ist ein Verräter.

Das ist die sogenannte Linie der Genossen Trotzki und Sinowjew.

Man kann sich schwer etwas Ungereimteres und Verworreneres vorstellen, als diese sogenannte Linie.

Man gewinnt den Eindruck, daß man es hier nicht mit Marxisten, sondern mit irgendwelchen vom Leben losgerissenen Kanzleimenschen oder besser gesagt, „revolutionären“ Touristen zu tun hat, die manche Reise nach Suchum und Kislowadsk gemacht haben, das siebente erweiterte Plenum der Komintern, das eine grundsätzliche Einstellung zur chinesischen Revolution gegeben hat, verschlafen und später aus den Zeitungen erfahren haben, daß in China sich wirklich irgendeine halb agrarische, halb zollfeindliche Revolution abgespielt habe; die beschlossen haben, daß man einen ganzen Haufen von Thesen zusammenstellen müsse — im April die einen, Anfang Mai andere, Ende Mai die dritten Thesen, und nach Sammeln eines ganzen Haufens von

Thesen diese über das Exekutivkomitee der Komintern ausschütten müsse, offenbar in der Annahme, der Ueberfluß an verworrenen und widerspruchsvollen Thesen werde das beste Mittel für die Rettung der chinesischen Revolution sein.

Das, Genossen, sind die zwei Linien in bezug auf die Fragen der chinesischen Revolution. Sie werden nunmehr zwischen diesen beiden Linien die Wahl treffen müssen.

Ich schließe nun, Genossen. Zum Schlusse möchte ich noch einige Worte über den politischen Sinn und die Bedeutung der fraktionellen Auslassungen der Genossen Trotzki und Sinowjew im gegenwärtigen Augenblick verlieren. Sie führen darüber Klage, daß man ihnen nicht die genügende Freiheit für eine beispiellose, unzulässige Schimpfkanonade gegen das ZK der KPSU und das EKKI einräume. Sie beklagen sich über das „Regime“ in der Komintern und in der KPSU. Im Grunde genommen möchten sie einen Freibrief haben, um die Komintern und die KPSU zu desorganisieren. Im Grunde genommen möchten sie die Geflogenheiten eines Maslow u. Co. in die Komintern und in die KPSU verpflanzen. Ich muß sagen, Genossen, daß der Genosse Trotzki für seine Angriffe auf die Partei und die Komintern einen allzu ungeeigneten Moment gewählt hat. Soeben erhalte ich die Nachricht, daß die englische konservative Regierung beschlossen hat, die Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen. Es bedarf keines Beweises, daß nunmehr ein allseitiger Vorstoß gegen die Kommunisten einsetzen wird. Dieser Feldzug hat schon begonnen. Die einen bedrohen die KPSU mit Krieg und Intervention, die andern — mit Spaltung. Es ergibt sich etwas in der Art einer Einheitsfront von Chamberlain bis Trotzki. Es ist möglich, daß man uns damit einschüchtern will. Es bedarf aber wohl kaum des Nachweises, daß die Bolschewiki nicht zu den schreckhaften Kindern gehören. Die Geschichte des Bolschewismus kennt nicht wenige solcher Fronten. Die Geschichte des Bolschewismus zeigt, daß solche Fronten durch die revolutionäre Entschlossenheit und den beispiellosen Wagemut der Bolschewiki zerschlagen wurden. Sie dürfen keinen Zweifel darüber hegen, daß wir es verstehen werden, auch diese neue Front zu zerschlagen. (Beifall.)

S. KLENOWITSCH:

## DIE ANGLO - AMERIKANISCHE RIVALITÄT AUF DEM KAPITALMARKT

### I.

Im abgelaufenen Jahre 1926 ging die Entwicklung der grundlegenden Tendenzen weiter, die seit 1924, seit dem Beginn des entscheidenden Kampfes um die Stabilisierung der europäischen Währungen und seit der Renaissance des Geldkreditmarktes, sich auf dem Kapitalmarkte anzeigten. Von den zwei fundamentalen Finanzierungsquellen der Weltwirtschaft gewinnen die Vereinigten Staaten von Nordamerika immer mehr die Oberhand. Gleichzeitig verstärkt sich immer mehr der Gegensatz zwischen

England, das seine früheren Positionen zu verteidigen sucht, und Amerika, das stürmisch vorwärts drängt, um in der Finanzierung und Unterwerfung der Weltwirtschaft die Führung an sich zu reißen. In dem Maße, wie das amerikanische Kapital vordringt, zieht sich das englische allmählich in neue Verteidigungsstellungen zurück. Das reichhaltige Material des Jahres 1926 gewährt die Möglichkeit, diese Vorgänge zu analysieren und gewisse fernere Entwicklungsaussichten der anglo-amerikanischen gegenseitigen Beziehungen auf dem Weltkapitalmarkte vorwegzunehmen.

Wir beginnen mit den Vereinigten Staaten als dem angreifenden Teil. Der Geldmarkt der USA wurde in noch höherem Maße als in den vorangegangenen Jahren zur Finanzierung der Weltwirtschaft ausgenutzt. Die statistischen Angaben erfassen notwendigerweise leider nicht die Gesamtsumme der Mittel, die der Weltwirtschaft von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt worden sind. So bleiben vor allem sogar die ungefähren Ausmaße der kurzfristigen Kredite unbekannt, die der Außenwelt von den amerikanischen Banken, gewährt wurden. Nach gewissen, europäischen Quellen entstammenden Angaben beziffern sich diese Geldmittel beständig auf einige Milliarden Dollar. Geht man sogar allein von dem Umfang des amerikanischen Außenhandels aus und versucht man, den Umfang der Geldmittel festzustellen, die dem Auslande zur Finanzierung sowohl der amerikanischen Einfuhr als auch der Ausfuhr gewährt werden, so ergibt sich eine Summe, die etwas weniger als 2,5 Milliarden Dollar beträgt (im Durchschnitt 25 Prozent des Gesamtumsatzes im Außenhandel, was bei einem allgemeinen Umsatz von 9300 Millionen Dollar eine Summe von über 2300 Millionen ausmacht); dabei wird die von den amerikanischen Banken getätigte Finanzierung des Weltwarenumlaufs völlig unberücksichtigt gelassen. Ebenso wenig lassen sich die Summen berechnen, die von amerikanischen Banken und Kapitalisten an den ausländischen Geldmärkten investiert sind, wobei jedoch bekannt ist, daß diese Geldmittel beispielsweise in England eine sehr hervorragende Rolle spielen. Nicht minder schwierig ist es endlich, die Ausmaße des amerikanischen Kapitals festzustellen, das in Auslandsfonds, in Staatsanleihen sowie in Aktien und Schuldverschreibungen ausländischer Handels-, Industrie-, Kredit-, Transport- und anderer Unternehmungen investiert ist. Nach sachverständiger Berechnung betragen die im Jahre 1926 auf diesem Gebiete angelegten Summen etwa 1000 Millionen Dollar.

Einer genaueren Berechnung läßt sich nur das Kapital unterziehen, das durch Unterbringung ausländischer Emissionen von Wertpapieren auf dem amerikanischen Markte aus Amerika exportiert wurde. In dieser Hinsicht ergibt das Jahr 1926 eine gewisse Zunahme im Vergleich zum Vorjahre:

	1924	1925	1926
	In Millionen Dollar		
Staatliche und städtische Anleihen . . . . .	927,0	791,3	614,5
Private Anleihen . . . . .	319,0	516,0	724,5
Insgesamt:	1246,0	1307,3	1339,0

Auf diese Weise ist im Laufe der letzten drei Jahre eine dauernde Zunahme der ausländischen Emissionssummen auf dem amerikanischen Markte zu beobachten. Gewiß verlangsamt sich das Tempo dieses Wachstums in den letzten zwei Jahren; das Jahr 1925 ergibt eine Zunahme von nur 60 Mil-

lionen Dollar, während im Jahre 1926 die Steigerung nur noch 30 Millionen beträgt. Zieht man indessen die Saturiertheit derjenigen Gebiete des Weltmarktes in Betracht, in die in den Vorjahren die gewaltigen amerikanischen Geldmittel sich ergossen hatten, und berücksichtigt man gleichzeitig die Notwendigkeit, das Augenmerk gewissermaßen auf neue Bezirke des Weltmarktes zu richten, so wird die Tatsache des amerikanischen Vordringens auf dem Gebiete der Weltwirtschaftsfinanzierung völlig augenscheinlich.

Wohin ergießt sich das amerikanische Kapital? Eine ungefähre Vorstellung davon gewährt die folgende Zusammenstellung von in den letzten drei Jahren gesammelten und nach den Grundlinien des amerikanischen Geldexports geordneten Angaben.

	1924	1925	1926
	In Millionen Dollar		
Europa: Staatliche und städtische Anleihen . . . . .	468,3	423,0	166,0
Private Anleihen . . . . .	93,6	274,2	364,1
Insgesamt:	561,9	697,2	530,1
Asien: Staatliche und städtische Anleihen . . . . .	150,0	—	19,7
Private Anleihen . . . . .	37,0	66,5	10,0
Insgesamt:	187,0	66,5	29,7
Kanada: Staatliche und städtische Anleihen . . . . .	149,0	146,0	101,2
Private Anleihen . . . . .	112,4	112,3	237,7
Insgesamt:	261,4	258,3	338,9
Zentral- und Südamerika:			
Staatliche und städtische Anleihen . . . . .	159,8	147,4	327,6
Private Anleihen . . . . .	76,0	63,0	112,6
Insgesamt:	235,8	210,4	440,2
Australien: Staatliche Anleihen . . . . .	—	75,0	—

Diese Tabelle gestattet interessante Schlußfolgerungen in zweierlei Hinsichten: erstens besagt sie, auf welche Erdteile das amerikanische Kapital vorwiegend seine Aufmerksamkeit richtet, zweitens ergibt sich aus ihr das Maß des Vordringens des amerikanischen Kapitals in die Weltwirtschaft. Was die geographische Verteilung des aus der USA ausgeführten Kapitals anbelangt, so überwiegt augenscheinlich der Export nach Europa. Er war besonders bedeutend im Jahre 1925, als das in europäischen, in der USA emittierten Werten angelegte amerikanische Kapital über 55 Prozent gegen ungefähr 45 Prozent im Vorjahr betrug. Es war dies eine Periode der intensiven Sättigung der deutschen Volkswirtschaft mit fremdem, vorwiegend aus Amerika fließendem Kapital, eine Periode, während der neben den deutschen Ländern und Städten zahlreiche Aktiengesellschaften sich auf dem amerikanischen Markt nach Kapital umsahen. Außer Deutschland wandten sich 1925 viele andere Staaten Europas an den amerikanischen Markt. Aber bereits 1926 geht der Geldexport nach Europa stark zurück. Er ist seinem Umfange nach sogar kleiner als 1924. Der Grund dafür ist die relative Gesättigtheit des deutschen Marktes, dessen Prozentsätze dauernd zurückgehen, was die Investierung fremden Kapitals in Deutschland minder vorteilhaft gestaltet als früher. Daneben begann auch der deutsche Anleihemarkt sich zu heben. Gewiß ist die Summe der deutschen Anleihen 1926 höher als im Vorjahr. Indessen entfallen sie in der Mehrzahl auf den Jahresbeginn, an dem die Realisierung der früher vorgesehenen und vorbereiteten

Operationen stattfand. Wesentlich ist auch der Ausfall mehrerer anderer Staaten für den New Yorker Geldmarkt. So z. B. nahm Skandinavien in viel kleinerem Maße die Dienste New Yorks in Anspruch, weil die endgültige Regelung der Währungssysteme die skandinavischen Staaten von der Notwendigkeit befreite, um Interventionshilfe nachzusuchen. Die Schweiz kam für New York überhaupt nicht in Betracht, die mitteleuropäischen Länder, mit Ausnahme Deutschlands, hatten zum Teil keinen großen Bedarf an fremdem Kapital (die Tschechoslowakei) oder schränkten ihre Nachfrage ein (Oesterreich, Ungarn), oder aber hatten infolge der Zerrüttung ihres Wirtschaftssystems keinen Erfolg in den amerikanischen Finanzkreisen (Polen). Der wichtigste Grund für die Verringerung der Summe des nach Europa ausgeführten amerikanischen Kapitals ist die Tatsache, daß der Zutritt zum amerikanischen Markte zwei dermaßen bedeutenden Klienten, wie Frankreich und Italien, im Laufe des ganzen oder fast ganzen Jahres verwehrt geblieben war, und zwar deshalb, weil die Frage der Kriegsschuldendeckung nicht geregelt wurde. Erst seit Ende 1926 wächst der Strom der nach Italien fließenden Gelder immer mächtiger an, und die ersten Monate des laufenden Jahres bezeugen, daß Italien auf dem Geldmarkt New Yorks mit der Zeit einen sehr wichtigen Platz einnehmen wird. Frankreich hat bisher noch keinen Schlüssel zu den Stahlkammern der Wallstreet finden können. Neben diesen Momenten politischer und finanzpolitischer Art hatte einen starken Einfluß auf die Ausmaße der amerikanischen Geldausfuhr nach Europa die Wirtschaftsdepression, die fast alle Staaten des europäischen Kontinents erfaßt hatte. Einerseits ging der Geldbedarf zurück, andererseits wuchsen in Amerika die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Europas. Im Endergebnis betrug das 1926 nach Europa exportierte Kapital kaum 40 Prozent der gesamten Kapitalausfuhr.

Wer hat den europäischen Klienten ersetzt? Vor allem hat Kanada den Verlust ausgeglichen, der dem amerikanischen Geldmarkt aus der Beschränkung seines Betätigungsfeldes in Europa erwuchs. Im Laufe von zwei Jahren erhielten sich die Ausmaße der amerikanischen Geldinvestierung in Kanada auf der gleichen Höhe von ungefähr 260 Mill. Dollar. Das folgende Jahr ergibt eine starke unvermittelte Zunahme von 90 Millionen. Dies macht über die Hälfte der Summe aus, um die der Kapitalexport nach Europa (etwa 170 Mill. Dollar) zurückgegangen ist. Gleichzeitig stiegen ungewöhnlich schnell die in den Werten der mittel- und südamerikanischen Länder investierten Geldsummen. Die gesamte nach diesen Ländern ausgeführte Kapitalsumme erhöhte sich um über das Doppelte. Lateinamerika, das noch vor kurzem kaum 20 Prozent der Kapitalausfuhr aufnahm, absorbiert heute etwa 40 Prozent und rückt auf dem amerikanischen Geldmarkt an den zweiten Platz hinter Europa vor. In Anbetracht dessen, daß Japan im Jahre 1926 fast vollständig auf die Dienste New Yorks verzichtete, und im Zusammenhang damit, daß Australien aufs neue die Dienste des englischen Marktes bevorzugt, der erst vor kurzem seine Politik der Kapitalexportbeschränkung aufgegeben hat, verteilt sich die ganze Masse der ins Ausland exportierten Geldmittel zwischen Europa und die amerikanischen Länder. Während 1924 und 1925 Europa das absolute und relative Uebergewicht hatte, absorbiert im Jahre 1926 Amerika (Kanada sowie Zentral- und Südamerika) ungefähr 75 Prozent des amerikanischen Kapitalexports.

Dieser Umstand erheischt die angespannteste Aufmerksamkeit. Er besagt, daß die Vereinigten Staaten versucht haben, den verringerten Kapitalexport nach Europa durch neue Investierungsgebiete in denjenigen Ländern wettzumachen, die immer mehr in die politische und ökonomische Einflußsphäre des amerikanischen Kapitals hineingeraten. Kanada ist schon längst eine Kolonie der USA geworden. Aehnlich ist die Lage in einer Reihe von Ländern in Zentralamerika (Panama, Nicaragua, Kuba usw.). Auch in Südamerika dringt das Finanzkapital der Vereinigten Staaten immer tiefer ein; Argentinien nimmt seit mehreren Jahren regelmäßig die Dienste New Yorks in Anspruch. In seine Fußtapfen traten auch andere bedeutende Staaten Südamerikas wie Chile und Brasilien. Zur Klientel New Yorks gehören gegenwärtig ausnahmslos alle Staaten Südamerikas, die bisher vorwiegend von London finanziert wurden.

Der Geldmarkt der Vereinigten Staaten begann deutlich sich Amerika zuzuwenden, und zwar denjenigen Ländern, die eben erst die Stufenleiter der kapitalistischen Entwicklung zu erklimmen beginnen. Die wesentliche Umgestaltung des Außenhandels der USA begünstigt gleichfalls die Verschiebung des Schwerpunktes des Kapitalexports von Europa nach Amerika. Gegenwärtig beginnen im Warenexport der Vereinigten Staaten die Industriewaren eine immer größere Rolle zu spielen, während noch in den ersten Nachkriegsjahren der Schwerpunkt der Ausfuhr auf dem Gebiete der Rohstoffe und Nahrungsmittel lag. Die agrarischen Bevölkerungsschichten sind bereits gegenwärtig weniger an der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse interessiert als früher, da der vergrößerte Produktionsapparat und die angewachsene städtische Bevölkerung einen verhältnismäßig großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion aufnehmen. Zugleich hat die Farmerbevölkerung verhältnismäßig weniger Interesse an der Entwicklung der europäischen Industrie, die als Abnehmerin der amerikanischen Landwirtschaftserzeugnisse nicht mehr so stark ins Gewicht fällt.

Die Kapitalausfuhr ist gewöhnlich die Vorgängerin des Warenexports, aber ihre Vorbedingung ist in den weitaus meisten Fällen das Bedürfnis irgendeines Landes nach Einfuhr von Produktions- und Konsumtionsmitteln. Und deshalb muß das Bankkapital unweigerlich damit rechnen, daß der Außenhandel der Vereinigten Staaten immer mehr zum industriellen Export wird. Weil nun aber dieser letztere naturgemäß nicht auf Kosten der europäischen Märkte, sondern auf Kosten der rückständigen, in die Industrialisierung erst eintretenden Märkte der amerikanischen Länder und der Pazifikstaaten wächst, so ist es natürlich, daß der Kapitalexport — in Anbetracht der veränderten Beziehungen der amerikanischen zur Weltwirtschaft — eine Schwenkung von Europa weg und nach Amerika hin vollführen muß. Es versteht sich, daß in dieser Richtung auch die wachsende Rohstoffeinfuhr der Vereinigten Staaten wirksam ist, die in immer größeren Mengen kanadisches Holz, argentinisches Leder und Wolle, brasilianischen Kautschuk usw. importieren. Das Bestreben, die Rohstoffquellen zu monopolisieren, lenkt den Strom des amerikanischen Kapitals in Länder mit großen Naturreichtümern.

Am Export der Vereinigten Staaten war Europa im Jahre 1926 mit 48,1 Prozent beteiligt, gegen 53,0 Prozent i. J. 1925 und 62,2 Prozent i. J. 1914. Gleichzeitig wächst der Anteil der außereuropäischen Länder. Dabei ent-

fallen auf Nordamerika 24,5 Prozent (gegen 23,2 und 23,0 Prozent), auf Südamerika 9,2 Prozent (gegen 8,2 und 5,3 Prozent), auf Asien und Ozeanien 16,1 Prozent (gegen 13,8 und 8,3 Prozent) und endlich auf Afrika 2,1 Prozent (gegen 1,8 und 1,2 Prozent). Interessant ist, daß der Anteil Kanadas an der Ausfuhr der Vereinigten Staaten von 13,3 Prozent im Jahre 1914 auf 15,4 Prozent im Jahre 1926 anwächst, während der Anteil Argentinens von 1,3 Prozent auf 3,0 Prozent steigt. Eben in diese Länder ergießt sich der Strom des amerikanischen Kapitals. Die ersten Monate des laufenden Jahres bestätigen vollkommen die im Jahre 1926 zum Ausdruck gekommene Tendenz der Kapitalausfuhr. Von der Gesamtsumme der fremden Emissionen in der USA entfällt die weitaus größte Menge auf kanadische und südamerikanische Werte.

Es folgt daraus keineswegs, daß ein vollkommener Verzicht auf die Finanzierung Europas stattfinden wird. Es kann im Gegenteil vorausgesetzt werden, daß einige europäische Staaten in der nächsten Zukunft als Investierungsgebiete für das amerikanische Kapital eine recht bedeutende Rolle spielen werden. Es war bereits von Italien die Rede; auch unterliegt es keinem Zweifel, daß in nicht allzu ferner Zukunft Frankreich nach Behebung der zwischen ihm und der USA bestehenden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Kriegsschulden seine Tore dem amerikanischen Kapital weit öffnen wird, um die endgültige Durchführung der Währungs- und Finanzreform vollbringen zu können. Neben Frankreich werden anscheinend auch einige kleinere Staaten im Osten und Südosten Europas (Polen, Rumänien usw.) bedeutende Anforderungen an den Geldmarkt der Vereinigten Staaten stellen. Von sich aus wird auch New York genötigt sein, in gewissem Umfange die Kapitalausfuhr nach Europa aufrechtzuerhalten, weil die innere Nachfrage nicht imstande sein wird, die verfügbaren Geldmittel in Anspruch zu nehmen, und die Aufnahmefähigkeit Kanadas und Südamerikas denn doch eine beschränkte ist. Nichtsdestoweniger zeigt sich die Grundtendenz in der Exportrichtung des amerikanischen Kapitals genügend deutlich an. New York kehrt wieder auf den Weg zurück, den es noch vor dem Kriege betreten hat, als es seine Kapitalien vorwiegend auf dem amerikanischen Kontinent anlegte. Die gewaltigen Aussichten, die ihm die „Verelendung Europas“, insbesondere während der Restauration der europäischen Finanzen und der Wirtschaft eröffnet hatte, unterbrachen zeitweilig diese Entwicklungslinie. Heute kehren die Vereinigten Staaten wieder zu ihr zurück.

Neben den amerikanischen Ländern werden anscheinend auch gewisse andere koloniale und halbkoloniale Reiche der Pazifikküste eine immer größere Rolle spielen. In der Folge werden die australo-amerikanischen wechselseitigen Finanzbeziehungen gestreift werden. Was die asiatische Küste des Stillen Ozeans betrifft, so befinden sich die Perspektiven der amerikanischen Geldausfuhr nach dieser Richtung hin in enger Abhängigkeit von dem Entwicklungsgang des großen Freiheitskampfes des chinesischen Volkes.

Das zweite Moment, das sich aus der Analyse des Charakters der amerikanischen Geldausfuhr ergibt, besteht darin, daß mit der Zeit der Schwerpunkt aus dem Gebiet der Finanzierung von Staaten und anderen öffentlichen Körperschaften sich in das Gebiet der Finanzierung der Volkswirtschaft ver-

schiebt. Im Jahre 1924 kamen fast 80 Prozent der ausländischen Anleihen auf Emissionen von Staats- und Munizipalwerten (etwa 950 Millionen auf die Gesamtsumme von 1253,5 Mill. Dollar). Im folgenden Jahre 1925 geht der Anteil dieser Werte auf 65 Prozent zurück (790 Mill. von 1316 Mill. Dollar), und schließlich absorbieren im Jahre 1926 die staatlichen und städtischen Werte bereits weniger als die Hälfte (48 Prozent) der gesamten in ausländischen Emissionen investierten Kapitalien. Entsprechend der Verminderung des spezifischen Gewichtes der öffentlichen Werte steigt das spezifische Gewicht der privaten Werte, d. h. der Aktien und Obligationen von Aktiengesellschaften. Diese Entwicklung ist durchaus keine zufällige; sie ist durch den gesamten Entwicklungsgang der amerikanischen Kapitalausfuhr bedingt. Sie begann vorwiegend zu dem Zweck der Ausnutzung der Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege vor der kapitalistischen Welt auf dem Gebiete der Staats- und Valutawirtschaft erhoben hatten. In dem Maße, wie diese Schwierigkeiten überwunden wurden, verringerte sich die Nachfrage von dieser Seite, und der amerikanische Markt war genötigt, andere Anlagemöglichkeiten für sein Kapital durch Finanzierung von Handels-, Industrie-, Transport- und anderen Unternehmungen zu schaffen. Naturgemäß sind solche Investitionen mit einem viel größeren Risiko verbunden als die Kapitalanlage in staatlichen und überhaupt in öffentlichen Werten. Hier konnten indessen die größten Schwierigkeiten dadurch überwunden werden, daß die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren eine gewisse Erfahrung in der Finanzierung der Weltwirtschaft gewonnen haben, was in bedeutendem Maße von der Entwicklung eines Netzes von ausländischen Filialen der amerikanischen Banken begünstigt wurde. Dieser Prozeß bezeugt die sich vertiefenden Beziehungen zwischen dem amerikanischen Kapital und der Weltwirtschaft; er besagt auch, daß in dem Maße der Entwicklung und Vertiefung dieser Beziehungen sich allmählich die Rolle des amerikanischen Kapitals ändert. Aus einem Geldverleiher in Reinkultur verwandelt es sich allmählich in einen Mitarbeiter und Teilhaber einer Reihe von ausländischen Unternehmungen, wird es allmählich zu einer bedeutenden Macht, die auf ganze Zweige der Weltwirtschaft einen großen Einfluß ausübt. Die in den letzten Jahren unternommenen Versuche, monopolistische internationale Vereinigungen in einer Reihe von Industriezweigen (Erzeugung von Kupfer, Zink, chemische Industrie, von der Naphthagewinnung und anderen Industrien ganz zu schweigen) zu schaffen, begünstigten sehr den Uebergang des amerikanischen Kapitals zur unmittelbaren Finanzierung von Industrieunternehmungen.

Die Abschätzung der Perspektiven des amerikanischen Geldexportes muß sowohl von der Untersuchung der Aufnahmefähigkeit der Investierungsmärkte als auch von der Analyse des Volumens des amerikanischen Marktes selbst und der Möglichkeiten der Zahlungsbilanz ausgehen. Diese Abschätzung muß die Elemente feststellen, die in ihrer Gesamtheit die Grenzen des Kapitalexports schaffen. Offenbar besteht die äußerste Grenze der Ausfuhrmöglichkeiten darin, entsprechende Anlagemöglichkeiten ausfindig zu machen. Ungeachtet des sinkenden spezifischen Gewichtes des industriellen Europa sind seine Bedürfnisse noch groß genug, während die Möglichkeiten, diese Bedürfnisse aus eigener Kraft zu befriedigen, noch nicht genügend bedeutend sind, um eine ernsthafte Bedrohung

für den amerikanischen Kapitalexport zu erzeugen. Andererseits sind die Möglichkeiten für die Investierung der überschüssigen Kapitalien in Süd- und Zentralamerika sowie in Kanada noch lange nicht erschöpft, obwohl die Aufnahmefähigkeit der Märkte dieser noch rückständigen Länder nicht überschätzt werden darf. Es muß indessen im Auge behalten werden, daß an sich die Kapitalanlage in der Volkswirtschaft dieser Länder die Vorbedingungen für die weitere Entwicklung ihrer Wirtschaft und zugleich für die weitere Investierung von Kapital in dieser Wirtschaft erzeugt. Daneben muß man dessen eingedenk sein, daß weite Möglichkeiten sich in Australien eröffnen, wo das amerikanische Kapital gerade erst einzudringen beginnt. Geht man also von den Möglichkeiten aus, amerikanisches Kapital in der Weltwirtschaft unterzubringen, so kann — unter der Bedingung eines nicht allzu starken Rückganges der Wirtschaftskonjunktur — für die nächste Periode der Umfang als vollkommen gesichert gelten, in dem gegenwärtig die Finanzierung des Weltmarktes vor sich geht (1200 bis 1400 Millionen Dollar in der Form von Emissionen ausländischer Werte, abgesehen von anderen Arten des Kapitalexportes).

Was die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes betrifft, so enthält sie keinerlei Bedrohungen für den Umfang der Kapitalausfuhr. In den letzten drei Jahren wächst die gesamte Operationssumme auf dem Anleihemarkt der Vereinigten Staaten ununterbrochen. Im Jahre 1924 betrug sie 6352,5 Mill. Dollar, im Jahre 1925 7126,0 Mill. und im Jahre 1926 7396,6 Mill. Dollar. Diese ununterbrochene Zunahme der Emissionstätigkeit vollzieht sich ohne wesentliche Beeinflussung des Geldmarktes der Vereinigten Staaten. Ungeachtet der zunehmenden langfristigen Finanzgeschäfte steigen die Prozentsätze nicht, wodurch unverkennbar das Vorhandensein von genügenden freien Geldmengen bezeugt wird, die in der Volkswirtschaft untergebracht werden wollen. Das Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten wächst ununterbrochen an; ebenso wie sich derjenige Teil des Nationaleinkommens fortwährend vergrößert, der nach Befriedigung des persönlichen Bedarfs und nach Erfüllung der Steuerpflichten (die übrigens in den letzten zwei Jahren hauptsächlich hinsichtlich der hohen Einkommen sich verhältnismäßig vermindern) übrig bleibt. Der Geldmarkt der Vereinigten Staaten wird also in genügend hohem Maße aus den inneren Quellen der amerikanischen Kapitalbildung gespeist. Von dieser Seite her entsteht anscheinend keine Bedrohung für die Kapitalausfuhr. Ihr spezifisches Gewicht im Verhältnis zur Gesamtmenge des „Emissionsverbrauchs“ an Kapital hält sich in den letzten zwei Jahren auf ein und demselben Niveau von etwa 18,5 Prozent, was dafür spricht, daß die amerikanische Kapitalbildung vollkommen genügt, um den Bedarf der eigenen Wirtschaft zu decken und den Anforderungen von seiten der Weltwirtschaft zu genügen, die an den Markt der Vereinigten Staaten gestellt werden.

Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten ist ihrerseits dermaßen günstig, daß sie die Kapitalausfuhr in sehr großem Umfang gestattet. Es fehlt bisher noch die offizielle Einschätzung der Zahlungsbilanz 1926, wie sie in den vorangegangenen Jahren vom Handelsdepartement vorgenommen wurde. Indessen können die Grundelemente der Bilanz schon heute mit genügend großer Genauigkeit festgestellt werden. Das Aktivsaldo der Handelsbilanz beträgt 362 Mill. Dollar. Es ist gegen das Vorjahr sehr zurückgegangen

(656 Mill. Dollar im Jahre 1925); es stellt jedoch immer noch eine sehr bedeutende Summe dar, die 7 Prozent der Ausfuhr ausmacht. Die Zinsen und Rückerstattungen der Kriegsschulden bringen den Vereinigten Staaten 175 Mill. Dollar ein; die Zinsen und Dividenden von dem im Auslande investierten Kapital betragen zusammen mit der Tilgung von Auslandsanleihen etwa 560 Mill. Dollar. Aus allen diesen Quellen zogen die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr ungefähr 1100 Millionen Dollar. Rechnet man noch die 50 Millionen hinzu, die die Zunahme der Bankeinlagen von Ausländern in amerikanischen Banken ausmachen, den Verkauf von Silber und andere kleinere, mit dem Kapitalumlauf zusammenhängende Eingänge, so ergibt sich eine Summe von zumindest 1250 Mill. Dollar; da aber im Vorjahr in den ausländischen Emissionen etwa 1350 Mill. Dollar investiert waren, so kann der kleine Unterschied leicht durch die Ausfuhr von Gold gedeckt werden, die im vergangenen Jahr etwa 100 Mill. Dollar betrug. In Anbetracht der gewaltigen Goldvorräte in den Vereinigten Staaten muß anerkannt werden, daß dieser unbedeutende Goldexport durchaus keine Gefahr, sei es für die Goldreserven, sei es für die Stabilität des Währungskurses der Vereinigten Staaten darstellt.

Die Analyse der oben angeführten Einkommenposten der Zahlungsbilanz in den Vereinigten Staaten gestattet mit Sicherheit die Behauptung, daß eine jährliche Kapitalausfuhr von 1,25 Milliarden Dollar ohne irgendwelche Komplikationen getätigt werden kann. Es kann in der Tat kaum irgendeine ernsthafte Verringerung des Aktivsaldos der Handelsbilanz erwartet werden. Der Rückgang der Rohstoffausfuhr nach Europa wird zweifellos immer mehr durch die Zunahme des Industrieexportes nach Südamerika und den Ländern der Pazifikküste wettgemacht werden. Das Jahr 1926 war übrigens für den amerikanischen Außenhandel besonders ungünstig. Die schwere industrielle Depression in Europa und der starke Rückgang der Baumwollpreise verringerten die Exporteinnahmen, während im Laufe eines bedeutenden Teiles des Jahres die Preise für Importrohstoffe (vor allem für Kautschuk) sich auf einem sehr hohen Niveau hielten. Die Konkurrenz der europäischen Industrie auf dem Binnenmarkte der Vereinigten Staaten bildet im Zusammenhang mit der Politik der hohen Zollsätze anscheinend keine ernsthafte Gefahr. Was den Kampf um die kolonialen und halbkolonialen Märkte betrifft, so wird sein Ausgang allem Anscheine nach für Nordamerika günstig sein, insbesondere im Zusammenhang mit den großen Ausmaßen der Wirtschaftsfinanzierung in diesen Ländern. Alle diese Momente lassen voraussetzen, daß der Umfang des Aktivsaldos des Außenhandels wohl kaum irgendwie bedeutend zurückgehen wird. Es spricht umgekehrt vieles dafür, daß beispielsweise im laufenden Jahre eine gewisse Besserung eintreten wird; die monatlichen Durchschnittsaktiva betragen Anfang 1927 etwa 62 Mill. Dollar gegen 30 Millionen im Jahre 1926.

Gleichzeitig kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Eingänge aus den anderen oben erwähnten Quellen sich mit jedem Jahr vergrößern werden. Der Posten der Zinsen- und Kriegsschuldentilgung wird infolge der Regelung dieser Frage nach Uebereinkunft mit fast allen Schuldnern (Frankreich steht bekanntlich vor der Ratifizierung eines entsprechenden Vertrages) zweifellos zum mindesten im Laufe der nächsten Jahre anwachsen, und gegenwärtig spricht nichts dafür, daß in der Kriegsschuldentilgung eine

radikale Revision der Verträge vorgenommen werden wird. In dem Maße, wie die im Ausland investierten Kapitalien an Umfang zunehmen werden, wird eine immer größere Summe in der Form von Zinsen- und Schuldenabschreibungen eingehen, während die mit der Zinszahlung und Tilgung der amerikanischen Vorkriegsanleihen zusammenhängenden Ausgaben unaufhaltsam zurückgehen werden. Diese Erwägungen sprechen dafür, daß bereits in den nächsten Jahren alle diese Eingänge eine unbehinderte Kapitalausfuhr bis zu 1½ Milliarden Dollar im Jahr ohne irgendeinen ernstlichen Nachteil für die Goldvorräte werden gewährleisten können.

Diese Berechnungen bestätigen vollkommen sowohl die Erklärungen der offiziellen Lenker der amerikanischen Finanzen und des Außenhandels, Mellon und Hoover, die für die nächste Zeit die Kapitalausfuhr in ihrem bisherigen Umfange für gesichert halten, als auch die Behauptung von Kennern des amerikanischen Geldmarktes (z. B. Dunn), die voraussetzen, daß im Laufe des nächsten Jahrzehnts die Weltverschuldung gegenüber den Vereinigten Staaten (abgesehen von den Kriegsschulden) auf 10 bis 12 Milliarden Dollar ansteigen wird. Die ersten Monate des Jahres 1927 zeugen von dem unaufhaltsamen Tempo des amerikanischen Kapitalexports bei einer gleichzeitig zunehmenden Aktivität des amerikanischen Geldmarktes und bei gesteigerter Finanzierung der eigenen Volkswirtschaft.

(Schluß folgt.)

KURT FISCHER:

## NEUE KAMPFMETHODEN DER DEUTSCHEN KAPITALISTEN GEGEN DIE ARBEITER

Eine der wichtigsten Erscheinungen der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland ist das verstärkte Hinarbeiten der Unternehmer auf eine größere ideologische Beeinflussung der Arbeiterschaft in den Betrieben. Die deutschen Kapitalisten haben den Kampf „um die Seele des Arbeiter“ proklamiert. Dieser Kampf gegen die Arbeiter ist in seinen Methoden sehr vielseitig: Korruption, brutalster Terror, süßlichste Harmonieduselei, aber auch raffiniert aufgemachte Zeitungen und vor allem Werksportplätze sind ihre Kennzeichen, die, je harmloser sie erscheinen, für die Arbeiterschaft um so gefährlicher sind, eben weil sie Mittel und Einrichtungen darstellen, durch die die Arbeiterschaft über ihre wirkliche Klassenlage hinwegtäuscht und für eine noch stärkere Ausbeutung fähig gemacht werden soll.

Eine Anzahl dieser Methoden waren schon in Vorkriegszeiten mit mehr oder weniger Erfolg angewandt worden, andere sind amerikanischen Ursprungs; bestimmte Formen sind auch den Agitations- und Propagandamethoden der kommunistischen Betriebszellen nachgeahmt. Geschickt eingefügt in das ganze raffinierte System der Kapitalisten bleiben diese Kampfmittel nicht ganz wirkungslos.

Die Werksgemeinschaft hat die Aufgabe, die im Betriebe stehenden Arbeiter vom gewerkschaftlichen Kampfe abzulenken, sie an die Interessen

des Unternehmers zu fesseln und zu einem gefügigen, wehrlosen Ausbeutungsobjekt zu erziehen. Die Werksgemeinschaft ist auf der großen Lüge von der Gemeinsamkeit aller Arbeiter- und Unternehmerinteressen aufgebaut. Die Methoden, die die Arbeiterschaft für die Werksgemeinschaft reif machen, müssen daher in erster Linie Methoden zu ihrer Ablenkung vom Klassenkampf sein. Selten wird nur eine Methode allein angewandt, zusammengenommen ergeben sie ein System, zu dem gehören: gelbe Werkvereine, weiße Betriebszellen, Werkpinkertons, Werkschulen, Werkzeitungen, Werksportvereine, Werksparkassen und andere sogenannte Werkfürsorge-Einrichtungen und schließlich Belegschaftsausflüge und Theater- und Unterhaltungsabende.

Die deutschen Unternehmer lassen sich diese Arbeit etwas kosten. Sie haben zum eingehenden Studium all dieser raffinierten Ausbeutungs- und Verdummungsmethoden, und vor allem zu ihrer Verbesserung und Fortführung eine besondere Hochschule geschaffen, das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“ („Dinta“) in Düsseldorf. Es ist eine Gründung des bekannten Großindustriellen Voegler. Das „Dinta“ ist mit reichen Geldmitteln und mit allen Lehr- und Internateinrichtungen der Neuzeit ausgestattet und steht unter Leitung eines Oberingenieurs Arnold, der zugleich sein geistiger Inspirator ist. „Dinta“ will durch „Menschenbewirtschaftung“ die Produktivität der deutschen Wirtschaft steigern. Sein offizielles Programm ist nach den Worten seines Leiters ungefähr folgendes:

„Die Dintabewegung stellt keinerlei soziale Duselei dar, ihr geht es um die Erhöhung der Produktivität und Rentabilität der Wirtschaft. Ich lehne es ab, eine neue Jesusnatur zu sein. Der deutsche Arbeiter ist besonders geartet. Er hat eine Seele, und um diese Seele wirbt das „Dinta“. Maschinenwärter sind genügend vorhanden, jetzt müssen Menschenwärter herangebildet werden, die den Arbeiter zur Liebe zum Werk und zur Persönlichkeit im Betrieb erziehen. Lohn- und Arbeitszeitfragen fallen aus dem Rahmen des Aufgabengebietes des „Dinta“. Aufgabe der Wirtschaft ist es, ohne mehr Aufwand an Kraft und Stoff und Zeit mehr zu produzieren. Dies ist nur möglich, wenn der Konnex zwischen Mensch und Maschine gefunden ist.“

Einer der Ideologen der Dintabewegung ist der Professor Dunkman. Er predigt, „den Kampf gegen die Masse aufzunehmen in jeder Form“, um die „industrielle Menschenführung“ zu erreichen und um „die persönlichen Kräfte wachzurufen und zu entfalten“. Nach ihm „ist das führende Betriebspersonal aufzuklären, wohin der Weg in Zukunft gehen muß. Die Seele des Arbeiters, besser gesagt, der Arbeiter als Mensch, muß erlöst werden aus der Masse“. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist für diesen Professor ein „verschütteter Mensch“, dem man folgendermaßen zu Hilfe kommen muß (zitiert aus der Unternehmerzeitung „Glück auf“):

„Wie sie nun kämpfen um Erlös und Gewinn in ihren Bergwerken, so kämpfen sie auch um die Seele ihrer Arbeiter. Aber wieviel schwerer ist der letzte Kampf als der erste. Müßte nicht naturgemäß die Seele der Arbeiter denen gehören, die ihnen Brot und Arbeit geben?“

Da die erwachsene Arbeiterschaft zu tief im gewerkschaftlichen und politischen Kampf verwurzelt ist, um auf den Schwindel der gemeinsamen Interessen zwischen Kapital und Arbeit hineinzufallen, beginnt das Unternehmertum mit seinen Bestrebungen vor allem bei der Jugend. Die mit großer Systematik getriebene Arbeit des „Dinta“ beginnt schon vor der Geburt der künftigen Arbeitssklaven. Den Arbeiterfrauen gibt das „Dinta“

Ratschläge in der Säuglings- und Kindererziehung. Die Einrichtung der Kinderkrippen tut ein übriges. Die Frau soll auch im Haushalt sparsam wirtschaften lernen. In den Haushaltungskursen des „Dinta“ wird gelehrt, daß eine Familie mit 30 Mark Wochenlohn und sparsamer Hauswirtschaft glücklicher sei als eine mit 80 Mark Wochenlohn und verschwenderischer Wirtschaft.

Besondere Sorgfalt legt das „Dinta“ auf die Erziehung und Ausbildung der Lehrlinge. Bis jetzt sind in verschiedenen Großbetrieben 40 Lehrwerkstätten vom „Dinta“ eingerichtet worden. Hier wird der jugendliche Arbeiter als hochwertiger Facharbeiter im verstärkten Ständedünkel herangezogen. Dabei stellen diese Lehrwerkstätten für die Unternehmer zugleich ein gutes Geschäft dar. Von den 40 bis 50 Lehrlingen eines Jahrganges bekommen nur wenig hochbegabte die vielseitige und gründliche Ausbildung, während die Mehrzahl bei den niedrigen Lehrlingslöhnen dieselbe Arbeit leisten muß wie die angelernten erwachsenen Arbeiter. Die Arbeitswoche in diesen Lehrwerkstätten setzt sich zusammen aus 5 Tagen Werkstattarbeit zu je 10 Stunden und einem Tag theoretischer Ausbildung. Außerhalb der Arbeitszeit wird vor allem Sport getrieben. Man ist dabei ängstlich bemüht, die Lehrlinge nach Möglichkeit von den erwachsenen Arbeitern fernzuhalten. Am Schluß der vierjährigen Lehrzeit findet die Prüfung statt und danach bei Kerzenlicht und sonstigem Zeremoniell der Freispruch.

Die Hauptaufgabe des ganzen Dintaunternehmens besteht in der Ausbildung der sogenannten „Einsatzingenieure“. Hierzu nimmt man Leute, die ideologisch den Werkgemeinschaftsgedanken bejahen. Bei einem monatlichen Gehaltszuschuß von 200 Mark erhalten sie eine viermonatliche Ausbildung im Internat des „Dinta“. Sie werden in einem starken Korpsgeist erzogen. Sie sollen ja die „geistigen Führer“ sein, die den Arbeitern die kapitalistische Ausbeutung in der Fabrik schmackhaft machen sollen. Vierzig dieser Leute sind bereits ausgebildet, viele werden noch folgen, und nach den Worten Arnolds ist beabsichtigt, mit diesen Zellen im Laufe der Zeit die gesamte Industrie zu umspannen. Dieser Funktionärkörper, der vorläufig nur erst im Ruhrgebiet „eingesetzt“ worden ist, wird jeden Samstag auf Kosten des „Dinta“ nach Düsseldorf zusammengerufen und neu instruiert.

Das, was das „Dinta“ für die Industrie ist, bildet die landwirtschaftliche Schule Henkenhagen in Pommern für die deutsche Landwirtschaft. Diese wird von den Großagariern und den junkerlichen Provinzialbehörden von Pommern ausgehalten. Die Arbeits- und Bildungsmethoden sind hier naturgemäß ganz andere als im „Dinta“. Im Jahre 1926 wurden in Henkenhagen einige 100 Schüler ausgebildet, die meistens aus Mitteldeutschland stammen. Sie sind zum Teil Stadtkinder, zum Teil Söhne von kulturell verhältnismäßig hochstehenden Klein- und Mittelbauern. Sie erlernen die landwirtschaftlichen Arbeiten in Theorie und Praxis gewissermaßen als Schlüssel für ihre Arbeit als geistige Instrukteure der Großagrarien. Die Hauptausbildung erhalten sie in allen Zweigen von Sport und Geselligkeit, in einer Form, für die der Landarbeiter zugänglich ist. Nach ihrer Ausbildung erhalten sie auf den großen Gütern Anstellungen. Ihre Aufgabe ist es hier, die Landarbeiter und in erster Linie die Jugend für Sport, Tanz und

Theater zu organisieren und instruieren. Ein Teil der Henkenhagener Schüler zieht als Theatergruppe von Ort zu Ort. Die gesamte Presse der Großagrarien ist von den Erfolgen der Henkenhagener des Lobes voll und stellt fest, daß im Wirkungsbereich dieser Instruktoren „bessere Beziehungen“ zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern hergestellt werden.

Ein wichtiges Mittel des „Dinta“ bildet die Werkzeugzeitung, von denen bis heute 52 in einer Auflage von 330 000 verteilt werden. Ihr Inhalt besteht in allgemeinen Leitartikeln, Artikeln über besondere Werkangelegenheiten, über technische Erfindungen und technische Fortschritte, ferner Artikeln über Gartenbau und Viehzucht; Sportnachrichten, sentimentale Romane u. a. m. werden abgedruckt, alles aber unter der Maske strengster politischer „Neutralität“. Die Werkzeugzeitungen des „Dinta“ werden ergänzt durch die von den Unternehmern selbständig herausgebrachten Zeitungen.

Die Werkzeugzeitungen der Unternehmer werden ergänzt durch Lichtbild und Film. Die deutsche Lichtbildgesellschaft stellt Lichtbildserien und Filme für die unmittelbare Vorführung in den Betrieben her. Es mögen hier nur die Titel dieser Serien angeführt werden. Sie lauten: „Warum Betriebsstillegungen?“ — „Wie lange arbeiten?“ — „Der Profitschlucker“. — „Der Weg zum Achtstundentag“. Einer der markantesten Sätze im Filmtext lautet: „Durch Personalabbau und Verlängerung der Arbeitszeit senken sich die Selbstkosten. Durch Senkung der Preise belebt sich der Absatz.“ Und in den Prospekten dieser Gesellschaft, die an die Unternehmer versandt werden, heißt es:

„Schaffen Sie klare Anschauungen über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Betriebsrationalisierung, bevor die Gewerkschaften im politischen Klassenkampf die Rationalisierung der Betriebe zur Rettung des Achtstundentages fordern.“ (?)

Weiter heißt es in dem Prospekt:

„Kampf der verbrecherischen Streikhetze, Kampf dem politischen Diktat des Achtstundentages, Kampf dem Klassenkampf... Erweckung und Stärkung des Willens zur Arbeit in der Angestelltenschaft und Arbeiterschaft.“

Die Werkzeugzeitungen der Unternehmer leisten beim Aufbau von gelben Werkvereinen, von weißen Betriebszellen und von Werksportvereinen unmittelbare Hilfeleistung.

Das Programm der gelben Werkvereine ist die Werkgemeinschaft. Mitte Mai fand in Berlin eine Delegiertenversammlung des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, Landesverband Berlin-Brandenburg, statt. Die folgenden Worte des Oberschiebers dieser Delegiertenversammlung charakterisieren das Wesen der Werkvereine:

„Die Wirtschaft bedarf dringend der Ruhe, um eine stete Kalkulationsgrundlage zu schaffen. Das Disponieren wird durch dauernde neue gesetzliche Regelungen nicht erleichtert, sondern erschwert.“

Dabei berufen sich die gelben Häuptlinge stets auf Ausführungen und die Stellungnahme von hervorragenden Führern der freien Gewerkschaften.

Es gibt jetzt schon vereinzelt Großbetriebe, die bei Neueinstellungen nur die Mitglieder der gelben Vereine annehmen. Die Werkvereine senden in die Versammlungen von Arbeitslosen Werberkolonnen, die den Erwerbslosen Arbeit versprechen, wenn sie Mitglied ihres Verbandes werden. Gegen ein Aufnahmegeld von 2,50 Mark (das ist ein Teil der Werberprovision)

erhält man den Aufnahmeschein. Gleichzeitig wird ein Revers unterschrieben des Inhalts, daß bei Nichtbezahlung der laufenden Beiträge das Anrecht auf Arbeitsvermittlung erlischt. Der Aufnahmeschein, den der „Geworbene“ ausfüllt, enthält folgenden Passus:

„Ferner erkläre ich, keiner Arbeiterorganisation weiter anzugehören, die mit Arbeiterorganisationen bzw. Parteien fremder Völker international verbündet ist.“

Schon nach wenigen Wochen der Mitgliedschaft in diesem Verein erhalten die Neueingetretenen Arbeit, und zwar meist bedeutend unter dem Tariflohn. Durch lange Arbeitslosigkeit und durch die schikanöse Praxis der Erwerbslosenfürsorge mübe gemacht, finden sich doch Proleten, die diesen Werkvereinen zum Opfer fallen. Durch diese Methoden ist es den Werkvereinen gelungen, ihre Mitgliederzahl aus den Vorkriegszeiten zu erreichen. Zeigt diese Tatsache schon den Ernst der Lage, so wird er noch erhöht dadurch, daß die Unternehmer jetzt alle Kräfte in Bewegung setzen, um die Anerkennung der Tariffähigkeit für die gelben Verbände durchzusetzen. Teilweise ist es ihnen schon gelungen. Gelingt es auf der ganzen Linie, so wird das einen außerordentlich schweren Schlag gegen die freien Gewerkschaften bedeuten.

Hand in Hand mit den gelben Werkvereinen arbeiten die weißen Betriebszellen des „Stahlhelm“ und der übrigen faschistischen Verbände. Es ist bekannt, daß diese in ihrer letzten Entwicklungsphase eine scharfe Wendung zum „Kurs auf die Arbeiterschaft“ gemacht haben. Bei der Bundesleitung des Stahlhelm besteht eine besondere Reichskommission, die sich ausschließlich mit Betriebsfragen beschäftigt. Für die Betriebsarbeit sind in einzelnen Bezirken besondere „Zellenwesenleiter“ verantwortlich. In noch stärkerem Maße als die gelben Werkvereine versuchen der „Stahlhelm“ und die übrigen faschistischen Organisationen durch die Mittel der Korruption Arbeiter an sich zu fesseln. Der Stahlhelm hat eigene Arbeitsnachweise, er veranstaltet Speisungen von Familien Arbeitsloser, er vermag einzelnen seiner Mitglieder in den Betrieben besonders günstige Sonderstellungen einzuräumen. Natürlich sind dieser Art von Korruption sehr enge Grenzen gezogen. Aufgabe der Zellenwesenleiter des Stahlhelms ist es auch, auf Wunsch der Unternehmer Spitzel, die mit allen gewerkschaftlichen und Parteiausweisen der Arbeiterorganisationen versehen sind, in die Betriebe zu senden. Die Aufgabe dieser Spitzel ist es vor allem, die Gesinnung der Belegschaften auszuspionieren, mit Gewerkschafts- und Parteifunktionären bekannt zu werden, um sie dann der Direktion zu denunzieren. Sie haben gemeinsam mit den Antreibern weiter die Aufgabe, Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion, zur Senkung der Stückpreise usw. zu erspähen. Nach einer bestimmten Zeit haben sie dann zu verschwinden. Dann setzen regelmäßig die Maßnahmen der Betriebsleitung gegen die Arbeiterschaft ein. Arbeitseinschränkung, Entlassung und Lohnabbau sind die zunächst sichtbaren Folgen ihrer Tätigkeit. Ist der Betrieb auf diese Weise „gereinigt“, dann finden neue Leute aus den Arbeitsnachweisen des Stahlhelm Einstellung, und nun beginnt die Bearbeitung der Belegschaft im Sinne der Werkgemeinschaft.

Bei der immer besser werdenden Arbeit der kommunistischen Betriebszellen sind die Spitzel des Stahlhelms nicht mehr ihren Aufgaben gewachsen. Sie finden ihre Ergänzung in den Agenten der Pinkerton-Gesellschaft, die

ihren Sitz in Berlin hat. Diese famose Gesellschaft mag sich selbst charakterisieren durch ein vertrauliches Schreiben, das sie an die Unternehmer schickt:

„Sehr geehrter Herr Direktor!

Wie wir festgestellt haben, besteht in Ihrem Betrieb eine sogenannte kommunistische Betriebszelle . . .

Wir sind in der Lage, Ihnen

1. Bericht über den Umfang der bei Ihnen bestehenden Zelle,
2. Versammlungsberichte der Zelle,
3. Namen der Mitglieder der Zelle,
4. Mitteilung über das, was die Zelle in nächster Zeit im Betriebe beabsichtigt, zu geben. Wir arbeiten zur Zeit für sehr viele weltbekannte Betriebe. Falls Sie von unserem Angebot keinen Gebrauch machen sollten, bitten wir Sie, dieses Schreiben zu vernichten und nicht in die Registratur zu geben.

Hochachtungsvoll

Deutsche Pinkerton-Gesellschaft.“

Die Werksportvereine der Unternehmer sind ein wichtiges Glied ihrer Werk- und Betriebsgemeinschaftspolitik. Die Kapitalisten wollen durch die Pflege des Werksportes die Arbeiter und Angestellten in allen ihren Lebensäußerungen unter ihre Kontrolle stellen, sie in Abhängigkeit vom Betriebe halten, sie von ihrer wirklichen Klassenlage ablenken und zu einem „Arbeitsfrieden“ gelangen, der ihnen die restlose Durchführung und Auswertung der Rationalisierung ermöglicht. Das alles faßte der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen in der „DAZ“ folgendermaßen zusammen:

„Wollen wir eine vernünftige Arbeiterpolitik verfolgen und zu einem Arbeitsfrieden kommen, dann sollten Staat und Unternehmertum planmäßig an die Schaffung von Sportstätten und an die Unterstützung des Sportbetriebes herangehen. Das Geld trägt Goldzinsen.“

Die Unternehmer und auch die Behörden, wie Eisenbahn, Post usw. wenden ungeheure Geldmittel auf, um die Werksportbewegung zu fördern und auszubauen und dadurch die Arbeiter und Angestellten, vor allem die Jugend von Gewerkschaft und Partei fernzuhalten und ihnen keine Zeit zu lassen, sich mit den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen zu beschäftigen. Sie gewähren den Mitgliedern ihrer Werksportvereine besondere materielle Vorteile, bezahlen teilweise die Trainingsstunden als Ueberstunden, gewähren für Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen Extrurlaub, weisen den sportlich besonders gut Veranlagten leichtere und besser bezahlte Arbeit zu, sie schaffen Stadions mit allen modernen Einrichtungen und rüsten die Sportvereine auf ihre Kosten mit allen Geräten aus. Aber nicht nur mit den Mitteln der Korruption, auch mit „liebvollem“ Nachdruck der Vorgesetzten werden die Reihen der Werk- und Behördensportvereine aufgefüllt. Die Instrukteure dieser Sportvereine sind meistens frühere Offiziere und größtenteils Faschisten. „Dintz“ Arnold sagte vor den Bonner Studenten: „Letzten Endes soll die Erziehung der Belegschaften in unserer Industrie Ersatz für das alte Heer sein. Der Arbeiter muß begreifen lernen, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient werden muß.“ Darum wird auch der Schießsport eifrig betrieben.

Festzustellen, wie weit die Werksportbewegung unter den Massen Fuß gefaßt hat, ist heute noch sehr schwer, weil zuverlässige Anhaltspunkte da-

für fehlen. Wohl aber bieten die letzten Betriebsrätewahlen einen Anhaltspunkt dafür, wie weit die übrigen Methoden der Unternehmer von Erfolg waren. Die Betriebsrätewahlen zeigen, daß dort, wo es dem Unternehmertum mit Hilfe des Stahlhelm und der gelben Werkvereine gelang, in die Betriebe einzudringen, es zur Bildung eines Kerns einer gelben Streikbrechergarde gekommen ist. So erhielten die vereinigten Weißen und Gelben im Ruhr-Bergbau in diesem Jahre 7 2 5 2 Stimmen gegenüber 4 8 1 1 im Vorjahre. Im Rheinland haben die Gelben in einer ganzen Anzahl von Großbetrieben eine Stärkung erfahren, und zwar in den Großbetrieben, in denen die „Einsatzingenieure“ des „Dinta“ an der Arbeit sind. Andererseits ist aber festzustellen, daß in Mitteldeutschland, besonders im Geiselthal und im Zwickauer-Kohlenrevier ein starker, fast katastrophaler Rückgang der Stimmen der Gelben zu verzeichnen ist. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß hier in einer Anzahl Großbetriebe, in denen die Lohn- und Arbeitszeitfragen in aller Schärfe auf der Tagesordnung standen, die weißen Betriebszellen zertrümmert wurden.

Die reformistischen Führer tun aber alles, um das Vordringen des Betriebsfaschismus zu erleichtern. Sie lehnen es ab, gegen die Werkzeitungen dieselbe scharfe Stellung einzunehmen wie gegen die gelben Werkvereine in Vorkriegszeiten, ja einzelne Gewerkschaftsführer haben sich schon für die Beteiligung an den Werkzeitungen und an einzelnen anderen Teilen des „Dinta“-Systems ausgesprochen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird im schärfsten und unerbittlichsten Klassenkampf, im verstärkten Kampf für den Achtstundentag, für höhere Löhne den Werkgemeinschaftsschwindel vor den breitesten Massen der Arbeiterschaft entlarven. Die verstärkte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wird auch den Betriebsfaschismus schlagen.

Der schmähliche Bankrott der faschistischen Heerschau in Berlin und der gewaltige Erfolg der Heerschau des Roten Frontkämpferbundes signalisieren einen neuen Aufschwung der proletarischen Klassenbewegung in Deutschland, der bei einer geschickten kommunistischen Leitung der Arbeiterbewegung die Möglichkeit geben wird, den unreinen faschistischen Schaum rasch zu beseitigen.

V. S T E R N :

## DIE PRÄSIDENTENWAHL IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Am 27. Mai wurde in einer gemeinsamen Sitzung des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses und des Senats Massaryk wiederum auf sieben Jahre zum Präsidenten der tschechoslowakischen Republik gewählt. Die tschechoslowakische Bourgeoisie konnte es bei der Festlegung der Verfassung nicht wagen, die Wahl des Präsidenten einer allgemeinen Volksabstimmung zu überlassen. Schon die bloße Tatsache, daß die Hälfte der Bevölkerung aus Angehörigen unterdrückter Nationen besteht, ließ eine solche Art der Wahl als zu gefährlich erscheinen. Nach der Verfassung

kann auch kein Präsident für zwei Wahlperioden unmittelbar nacheinander gewählt werden. Nur für den ersten Präsidenten Massaryk wurde eine Ausnahme in der Verfassung selbst festgelegt. Er allein kann ohne jede Beschränkung immer wieder gewählt werden. Die Verfassung bestimmt ferner, daß der Präsident, um im ersten oder auch im zweiten Wahlgang gewählt zu erscheinen, drei Fünftel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen muß. Wenn kein Kandidat in den ersten zwei Wahlgängen eine solche Mehrheit erreicht hat, wird erst im dritten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten vorgenommen, welche im zweiten Wahlgang die größten Stimmenzahlen erreichten. Bei dieser Stichwahl entscheidet dann die einfache Mehrheit. Die Beachtung dieser Bestimmungen ist notwendig zum richtigen Verständnis der Stellungnahme der sozialistischen Parteien zur Präsidentenwahl. Im ersten Wahlgang ist jede Partei vollständig frei in ihren Entschlüssen. Sie braucht nicht zu fürchten, daß eine von ihr aufgestellte Sonderkandidatur es irgendeinem anderen Kandidaten möglich oder unmöglich macht, in die Stichwahl zu kommen. Erst die zweite Wahl entscheidet darüber, wer zur Stichwahl kommt. Keine Partei braucht auch zu fürchten, daß ihre Sonderkandidatur verhindert, daß irgendein Kandidat ohne Stichwahl gewählt wird, denn sie kann einem solchen Kandidaten auch im zweiten Wahlgang zur qualifizierten Mehrheit verhelfen.

Der Präsidentenwahl ging diesmal ein „Kampf“ um Massaryk voraus. Massaryk, der bürgerliche, antimarxistische, aber mit dem „Sozialismus“ lebhaft kokettierende „Philosoph“ war nach dem Verfall der alten Habsburg-Monarchie für die tschechische Bourgeoisie unzweifelhaft der denkbar geeignetste Kandidat für die Staatspräsidentenschaft. Die tschechische Bourgeoisie braucht nicht wie etwa die reichsdeutsche einen sozialdemokratischen Präsidenten, um die Massen mit Illusionen zu erfüllen und zu beruhigen. Massaryk leistete in dieser Hinsicht, unterstützt durch die Verherrlichung von seiten der sozialdemokratischen Führer, nicht nur alles das, was ein Sozialdemokrat in dieser Hinsicht hätte leisten können, sondern noch viel mehr. Er war für die rechtsten Teile der tschechischen Bourgeoisie, ja auch der Bourgeoisie der anderen Nationen weniger anstößig als ein Sozialdemokrat. Seine Gloriole als „Befreier“ des tschechischen Volkes kam zu seinem Ruf als „humanistischer Philosoph“ und als Verteidiger Hilsners (Opfer einer antisemitischen Ritualmordhetze vor dem Kriege). Seine liberale, freidenkerisch angehauchte Religionsphilosophie sprach für ihn mit Rücksicht auf die starke hussitische, antirömische Tradition breiter Kleinbürger- und Arbeitermassen in einer Zeit, in welcher sich die Klerikalen noch schlau im Hintergrunde hielten. Er wurde auch bei der ersten Präsidentenwahl einstimmig und „begeistert“ gewählt. Selbst die deutschen Sozialdemokraten, welche damals noch aus nationalistischen Gründen gegen die Republik etwas negativer eingestellt waren, stimmten nicht gegen ihn, sondern enthielten sich der Abstimmung und erklärten überdies, daß dies nur eine Demonstration gegen den die Minderheiten unterdrückenden Staat, aber nicht gegen die Person Massaryk sei. Sie demonstrierten also durch diese Erklärung für Massaryk und erleichterten dadurch den Betrug an den Massen, dem die Präsidentschaft Massaryks dienen sollte.

Bei der gegenwärtigen Wahl war das Bild ein ganz anderes. Die Zeiten haben sich geändert. Die Bourgeoisie hat dem Proletariat eine Machtposition nach der anderen entrissen. Seit anderthalb Jahren regiert die tschechische Bourgeoisie ohne die tschechischen sozialistischen Lakaien in der Regierung, an deren Stelle deutsche und slowakische bürgerliche Minister getreten sind, als Vertreter kapitalistischer Parteien, welche den heimlichen Verrat an ihren Nationen nun ebenso mit dem offenen Verrat vertauschten, wie die tschechischen sozialistischen Führer an die Stelle des offenen Verrats ihrer Klasse den versteckteren treten ließen. Die internationale Bourgeoisie führt eine noch nicht dagewesene Raub- und Unterdrückungsoffensive gegen die werktätigen Massen und unterdrückten Nationen und rüstet zur Intervention. Gleichzeitig haben die Klerikalen, denen Massaryk seit jeher ein Dorn im Auge war, sehr stark an Einfluß gewonnen. In der gegenwärtigen Regierung sind sie durch drei Parteien vertreten, und die slowakische Bourgeoisie hat überhaupt nur eine klerikale Vertretung.

Es war also kein Wunder, wenn von seiten des rechtsten Flügels der tschechischen Bourgeoisie (Nationaldemokraten) und von seiten der Klerikalen die Frage einer reaktionären Gegenkandidatur gegen Massaryk aufgeworfen wurde. Es hätte diesen Gruppen schon genügt, wenn kein Vertreter ihrer Richtung, aber wenigstens ein ausgesprochener Repräsentant kapitalistischer Scharfmacherpolitik und vor allem nicht Massaryk gewählt werden sollte. Am meisten Aussicht hätte da ein tschechischer Agrarier, vor allem der jetzige Regierungschef Schwehla gehabt, weshalb sich auch in den Reihen der tschechischen Agrarier, die die Führung in der Regierung innehaben, eine Zeitlang ein gewisses Schwanken zeigte.

Die erste Partei, welche zur Frage der Präsidentenwahl klar und unzweideutig Stellung nahm, war unsere Kommunistische Partei. Sie erklärte, sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang einen eigenen Arbeiterkandidaten (den proletarischen Senior Genossen Sturc) aufstellen zu wollen und dadurch gegen den bürgerlichen Staat und gegen den Betrug zu demonstrieren, den die Massaryk-Legende bedeutet. Nur im Falle einer Stichwahl und auch dann nur, um die Wahl eines Kandidaten der ausgesprochenen Reaktion zu verhindern, würde sie für Massaryk stimmen. Die Erklärung unserer Partei verwies mit größter Schärfe auf die Rolle, die Massaryk als Werkzeug der Bourgeoisie spielte und spielt, auf seine Mithilfe bei allen massenfeindlichen Verbrechen der bürgerlichen Regierung gegen die Werktätigen und zeigte, daß die Frage seiner Wahl oder Nichtwahl für die Bourgeoisie nur die Frage ist, ob sie ihn noch braucht oder nicht mehr braucht. Um die Rolle Massaryks ins richtige Licht zu setzen, wurde festgestellt, daß er es vor seiner Wahl nicht einmal wagte, zu erklären, daß er seine eigenen feierlichen Versprechungen, z. B. in der Washingtoner Deklaration, einhalten werde. Die kommunistische Erklärung war so gehalten, daß die Bereitschaft, in einer Stichwahl eventuell für Massaryk zu stimmen, in keiner Weise gedeutet werden konnte als eine Unterstützung des Massaryk-Rummels, und es wurde selbstverständlich festgestellt, daß unser Kampf gegen Massaryk und die Massaryk-Legende auf jeden Fall in aller Schärfe geführt werden wird, auch wenn wir für ihn stimmen müßten, um die Wahl eines reaktionären Kandidaten zu verhindern. In der Erklärung

der Partei war auch die Forderung aufgestellt worden, daß der Präsident durch allgemeine Volksabstimmung gewählt werde, eine Forderung, deren Mißdeutung im reformistischen Sinne wir durch gleichzeitige Kennzeichnung unserer prinzipiellen Stellung zu bürgerlichen Wahlen und zur bürgerlichen Demokratie überhaupt unmöglich machten.

Vor der Partei stand die Frage, ob es nicht eben — mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Massaryk-Illusionen zu bekämpfen — zweckmäßiger wäre, von der Möglichkeit einer Abstimmung für Massaryk erst dann zu sprechen, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte, nämlich wenn es wirklich zu einer Gefährdung der Wahl Massaryks käme, was außerordentlich unwahrscheinlich schien und wozu es auch tatsächlich nicht kam. Die Partei entschied sich jedoch dafür, von allem Anfang an offen unsere Taktik klarzulegen, um nicht in den eigenen Reihen Verwirrung zu stiften, den Reformisten keine Gelegenheit zu Angriffen zu geben — denen gegenüber dann eine eventuelle Abstimmung für Massaryk als Rückzug erschienen wäre — und um schließlich nicht den Vorwurf auf uns zu laden, daß wir die Stellung der Reaktion erleichtern, die ein Schweigen von unserer Seite zu Erpressungsmanövern hätte ausnutzen können. Die Haltung unserer Partei hat in unserer Mitgliedschaft einmütiges Verständnis und vollste Billigung gefunden. Selbst die Sozialdemokraten fanden in unserer Stellungnahme keinen Angriffspunkt und stürzten sich in ihrer Verlegenheit auf unsere Forderung, daß der Präsident in einer Volksabstimmung gewählt werde, wodurch sie sich nur lächerlich machten.

Lange nach unserer Partei begannen auch andere Parteien Farbe zu bekennen, die meisten aber nur in unbestimmter Form. Die Entscheidung brachten die tschechischen Agrarier, die erklärten, für Massaryk zu stimmen. Damit war jede Gegenkandidatur aussichtslos geworden und nur noch eine Gegendemonstration möglich. Die Lage in der Tschechoslowakei ist so wenig endgültig stabilisiert, so krisenhaft, daß die Bourgeoisie das Experiment einer Nichtwahl Massaryks nicht wagen konnte. Für einen Teil der deutschen Regierungsparteien wäre auch eine solche Wahl schwer tragbar gewesen, weil Massaryks Name unter anderem auch nationale „Gerechtigkeit“ vorzutauschen bestimmt ist. Eine Nichtwahl Massaryks hätte also auch leicht zu einer Regierungskrise führen können. Und so sehr sich auch die tschechischen Sozialisten nach einer Rückkehr in die Regierung sehnen — was sie offen zugeben —, so schwer wäre es dennoch gewesen, diese Krise zu überwinden. Für Massaryk erklärten sich ferner die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, ferner die tschechischen Gewerbetreiber. Die deutschen Sozialdemokraten faßten nicht lange vor der Wahl einen sehr merkwürdigen Beschluß. Sie beschlossen, am letzten Tage vor der Wahl noch einmal zusammenzutreten und erst dann zu beschließen, daß sie für Massaryk stimmen wollten, und zwar schon im ersten Wahlgang. Ihr Standpunkt sei, so erklärten sie, noch derselbe wie bei der letzten Wahl, wo sie leere Stimmzettel abgaben, aber sie erklärten schon damals, daß sich ihre Stimmenthaltung nicht gegen Massaryk richte, den sie hochschätzten. Jetzt aber — wo man gegen Massaryk von reaktionärer Seite auftrete, sei es notwendig, für ihn zu stimmen.

Für die Sozialdemokraten — und diesmal auch für die deutschen — handelte es sich also nicht bloß darum, die Wahl eines Gegenkandidaten zu

verhindern, sondern um ein offenes Eintreten für Massaryk selbst, d. h. um eine bewußte Unterstützung der gefährlichen Illusionen, die sich an diesen Namen knüpfen. Dabei hat Massaryk gerade jetzt die reaktionärsten und arbeiterfeindlichsten Gesetze durch seine Unterschrift ermöglicht, die die rein bürgerliche Regierung geschaffen hat und die die Sozialdemokraten angeblich so leidenschaftlich bekämpfen. Die Sozialdemokraten haben eine Regierungsanklage wegen Verfassungsbruch beantragt, weil den Soldaten das Wahlrecht geraubt wurde, und auch diesen Verfassungsbruch hat Massaryk noch vor der Wahl unterschrieben, weil er im Kampfe gegen den „inneren Feind“ und gegen Sowjetrußland notwendig ist. Bezeichnend ist auch, daß die deutschen Sozialdemokraten dem Staate gerade jetzt, wo er so gegen die Arbeitenden wütet, viel näher stehen als jemals. Es handelt sich bei den Sozialdemokraten auch darum, daß Massaryk ohne Stichwahl mit qualifizierter Mehrheit gewählt wurde. Das sollte eine „Huldigung“ des „Volkes“ für ihn sein, die Grundlage für einen richtigen Massaryk-Rummel, bei dem die Sozialdemokraten die erste Geige spielen dürfen.

Die „wildeste“ Haltung gegen Massaryk nahmen vor der Wahl die slowakischen Klerikalen, die Hlinkaleute, ein. Sie beschlossen zweimal, auf jeden Fall gegen Massaryk zu stimmen und lieber die gegenwärtige Regierungskoalition in die Brüche gehen zu lassen, als für Massaryk zu stimmen. Aber sie wagten es schließlich doch nicht, in der Demonstration gegen Massaryk bis zur Aufstellung eines Gegenkandidaten zu gehen und auf diese Weise den Weiterbestand der gegenwärtigen Regierungsmehrheit ernstlich zu gefährden. Schon vor der Wahl hatten sie sich von Schwehla dazu bewegen lassen, ihre Beschlüsse nicht offiziell zu „manifestieren“ und bei der Wahl selbst begnügten sie sich mit der Abgabe leerer Stimmzettel. Eine ähnliche Haltung nahm auch die Kramarzpartei, die rechtsnationalistische Partei der tschechischen Großbourgeoisie ein. Vor der Wahl beteiligte sie sich lebhaft an der Kampagne gegen Massaryk, bei der Wahl gab sie leere Stimmzettel ab. Ganz jämmerlich benahmen sich die deutschen bürgerlichen Parteien der Regierung und der „Opposition“. Die deutschen Klerikalen schrieben vor der Wahl in ihrer Presse, Massaryk sei für sie ein kleineres Uebel als der Zerfall der gegenwärtigen Regierungsmehrheit, und sogar die deutschen Agrarier, welche ihrem Programm nach für den „deutschfreundlichen“ Massaryk eher sein mußten, als für einen anderen Kandidaten, trauten sich ebenfalls dennoch nicht, einen festen Standpunkt einzunehmen, sondern erklärten, sie würden so stimmen, „wie es die Regierungskoalition“ verlangt. Bei diesen beiden Parteien überwog also die Angst, es könnte bei der Wahl zu einer Regierungskrise kommen und sie könnten aus der Regierung, in der sie die verschärfte Unterdrückung ihrer eigenen Nation mitmachen dürfen, hinausmanövriert werden, jede andere Erwägung. Sie warteten gehorsam die Befehle der tschechischen Bourgeoisie ab und stimmten erst für Massaryk, sobald sich diese, ihre unbedingte Herrin, dafür entschieden hatte. Die Deutschnationalen wieder beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten. In dieser Partei werden nämlich augenblicklich Verhandlungen zum Eintritt in die Regierung gepflogen. Außer den Kommunisten wagte also keine Partei, einen Gegenkandidaten gegen Massaryk aufzustellen, oder auch nur so viele leere Stimmzettel abzugeben, daß Massaryks Wahl im ersten Wahlgang in Gefahr gekommen wäre.

Was bedeutet das alles, was hatte vor allem der „Kampf“ gegen Massaryk, der Kampf der Rechten gegen die „Linken“, gegen den sagenhaften „Linksblock“ im bürgerlich-reformistischen Lager für einen Sinn oder Zweck? Zum Teil ging es um eine Erpressungspolitik der Rechten, die mit einer Gegenkandidatur und damit mit einer Sprengung der gegenwärtigen Regierung drohte, um von den „Linken“ gewisse Zugeständnisse zu erhalten.

In den wesentlichen Fragen aber gibt es gar nichts mehr zu erpressen. Die rein bürgerliche, scharfmacherische Regierung hat einen ausgesprochenen Rechtskurs eingeschlagen, der keine andere Hemmung mehr kennt als den gesteigerten, von den Kommunisten organisierten Widerstand der Massen gegen die bürgerliche Offensive. Massaryk macht selbstverständlich widerstandslos alles mit, was diese bürgerliche Koalition für gut hält, und die Schwärmer für den „Linksblock“, die Reformisten helfen durch Sabotage des Kampfes der Massen, den sie in Phrasen selbst für notwendig erklärten, und vor allem durch Ablehnung der Einheitsfront in ihrer Weise mit. Die ganze Komödie hatte also nur den Zweck, die in letzter Zeit sehr lädierte Gloriole Massaryks und damit seine Fähigkeit, diesen äußersten Rechtskurs vor den Massen zu verschleiern, wieder aufzufrischen und zu steigern. Der „Kampf“ der Rechten war nicht nur ein Zeichen dafür, daß ein Teil der Bourgeoisie erwog, ob nicht die Zeit für eine offene Diktatur schon gekommen ist, sondern soll auch den Eindruck erwecken, als sei in Massaryk tatsächlich ein Gegengewicht gegen die äußerste Reaktion zu erblicken. Die Wahl im ersten Wahlgang, das Eintreten der Sozialdemokraten für ihn, sollte zeigen, daß er noch immer das Vertrauen des größten Teiles des Volkes besitzt. Die Wahl Massaryks bedeutet die Proklamierung des Burgfriedens in der Zeit der allerschärfsten faschistisch-kapitalistischen Offensive und unmittelbaren Kriegsgefahr.

Unsere Partei hat also durchaus richtig gehandelt, wenn sie sich durch das „Kampf“geschrei der Rechten gegen Massaryk nicht irreführen ließ und neben der schärfsten Kampfstellung gegen die offene Reaktion auch zugleich die unzweideutigste, entschlossenste Kampfstellung gegen den Versuch einnahm, gerade im gefährlichsten Augenblick die Massen durch Massaryk-Illusionen einzulullen und ihre Wachsamkeit, die niemals notwendiger war als jetzt, einzuschläfern. Die Massaryk-Wahlen haben in dieser Hinsicht eine größere Bedeutung gehabt als die eines bloß parlamentarischen Schachers. Sie zeigen die Stellung der einzelnen Parteien zur gegenwärtigen Lage und werfen auf die Pläne der Bourgeoisie ein helles Licht. Die Wahl Massaryks bedeutet nicht, daß die Bourgeoisie „sanftere“ Methoden im Klassenkampfe anwenden will, sondern, daß sie seinen Namen ausnützen will, um leichter schärfere Methoden anzuwenden und an den gefährlichsten Abenteuern des Weltimperialismus teilnehmen zu können. Die Haltung der Reformisten bei dieser Wahl zeigt, wie unbedingt sie bereit sind, die Bourgeoisie auch dabei zu unterstützen. Nur von einer einzigen Partei, nur von der Kommunistischen Partei, das hat auch diese Wahl bewiesen, können die Arbeitenden einen wirklich ernststen Kampf gegen ihre Unterdrücker und gegen den Versuch, sie in ein neues Massenmorden zu führen, erwarten.

An der Wahl nahmen von 450 Abgeordneten und Senatoren 434 teil. Von

den abgegebenen 432 gültigen Stimmen erhielt Massaryk 274, also um einige wenige Stimmen mehr als die zur Wahl im ersten Wahlgang erforderliche Dreifünftelmehrheit. Der kommunistische Kandidat Genosse Sturc erhielt 54 Stimmen. 104 Stimmzettel waren leer. Es müssen also außer den Deutschnationalen, den deutschen Nationalsozialisten, den tschechischen Nationaldemokraten, ungarischen Klerikalen und einem Teil der slowakischen Klerikalen noch einige Vertreter von anderen Parteien, in erster Linie der tschechischen Regierungsklerikalen, leere Stimmzettel abgegeben haben.

EUGEN PAUL:  
HAMILTON FISH ARMSTRONG:  
„DER NEUE BALKAN“\*

Der Balkan gehört zu den „ewigen Problemen“ des Kapitalismus, dessen unlösbare innere Widersprüche sich in dem ewigen Balkan Chaos tausendfach spiegeln. Es ist freilich klar, daß es ein besonderes isoliertes Balkanproblem nicht gibt, daß dieses vielmehr ein Stück des kapitalistischen Gesamtproblems ist und nur im Rahmen dieses Gesamtproblems richtig begriffen und gelöst werden kann. Der Kapitalismus war es, der vor dem Kriege die unterdrückten Nationalitäten in der österreichisch-ungarischen Monarchie zum historischen Leben erweckt, den Zerfall dieser Monarchie und das Entstehen der Sukzessionsstaaten auf dem Balkan in ihrem heutigen Umfange bewirkt hat. Und die kapitalistische Entwicklung, die imperialistischen Beziehungen zwischen den kleinen Balkanstaaten und den sie bevormundenden Großmächten sind es, die nach dem Weltkriege den Gang der Ereignisse auf dem Balkan letzten Endes bestimmen.

„Derartige Beziehungen — führt Lenin nach Darstellung des Verhältnisses zwischen Portugal und England in seinem Buche über den Imperialismus aus — zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten bestanden immer, aber zur Zeit des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System und treten als Bestandteil in die Gesamtheit der Weltaufteilung ein und verwandeln sich in Kartellglieder der Operationen des internationalen Finanzkapitals.“

Diese imperialistischen Beziehungen sind es schließlich, die auch jene „Probleme“ schufen oder nur komplizierten, mit denen Hamilton Fish Armstrong sich in seinem Buche über den „neuen Balkan“ beschäftigt.

Er tut das in der Art des „distinguished foreigners“ und mit dem Aufwand größtmöglicher Scheinobjektivität, was ihm um so leichter fällt, als Amerika ja tatsächlich „fern vom Schuß“ liegt. So fern, daß der Verfasser es für notwendig hält, sich quasi zu rechtfertigen:

„Die Entschuldigung dafür, daß ein Amerikaner eine solche Aufgabe unternimmt, ist, daß das Balkanproblem die folgereiche Ursache war von Intrigen und Kriegen in solchen Sphären, die von der Donau und der Save, vom Vardar und von der Maritza sehr weit liegen.“

Durch seine langjährige diplomatische Tätigkeit auf dem Balkan hat er sich gewisse „Fachkenntnisse“ erworben. Er gibt einen Querschnitt durch die wichtigsten Balkanprobleme, er sieht diese Probleme, wenn seine französische Orientierung und seine Stellung als Klopffechter des amerikanischen Imperialismus ihn auch daran hindern, sie richtig zu sehen, bzw. richtig darzustellen.

\* The new Balkans by Hamilton Fish Armstrong. Mit einer Einleitung von Archibald Cary Coolidge. Managing Editor, „Foreign Affairs“. Harper & Brothers Publishers, London and New York.

Die Probleme, mit denen er sich befaßt, sind folgende: die jugoslawische Staatseinheit, Fiume, die adriatischen Eisenbahnen, Albanien, die unerlösten griechischen Inseln, Saloniki, Bulgarien und das Aegäische Meer und schließlich Bessarabien. Natürlich erblickt er in diesen Problemen nicht Ergebnisse eines bestimmten politischen Systems, dessen Tauglichkeit an diesen Problemen zu messen wäre, nicht Früchte offener oder nationalistisch verhüllter imperialistischer Konkurrenzkämpfe, sondern bald die Äußerungen eines dunklen, unberechenbaren und unfaßbaren Verhängnisses, bald die Folgen menschlicher Schwächen, „unvernünftiger“ oder „unerfahrener“ Politik.

So beginnt er gleich das Kapitel: „Gibt es eine wirkliche jugoslawische Einheit?“ mit einem Ausspruch Laroche Foucaulds, wonach jene, die große Tugenden aufweisen, in der Regel auch große Fehler hätten, um so die innerpolitischen Probleme Jugoslawiens zum Teil auf die „Fehler des jugoslawischen Volkes“ zurückzuführen. Statt in jenen Problemen die Folgen der gewaltsamen Einverleibung von Kroaten und Slowenen in den süd-slawischen Staat und der serbischen Unterdrückungspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten zu erblicken, stellt er die „politische Unerfahrenheit“ der Serben dem „irrigen Betragen und dem Mangel an politischem Verständnis Raditschs“ gegenüber. Der ganze Kampf der Kroaten wird als eine persönliche Angelegenheit Raditschs behandelt und der serbische König, dem 1924 der Mut zu Neuwahlen fehlte und der es damals vorzog, den demokratischen Führer Dawidowitsch mit der Bildung der Regierung zu betrauen, wird hierfür als der Inbegriff aller Herrschertugenden gepriesen. Armstrong, der in seinen einleitenden Ausführungen in bezug auf den Balkan im allgemeinen festgestellt hatte, es sei Grund zu einem „gemäßigten Optimismus“ vorhanden, offenbart in bezug auf die Frage der jugoslawischen Staatseinheit einen maßlosen Optimismus. Aus der Tatsache, daß Raditsch sogar in Kroatien einen Teil seines Einflusses eingebüßt hat, leitet er die Sentenz ab:

„Selbst der skeptischste ausländische Beobachter wird nicht geneigt sein, länger zu glauben, daß die jugoslawische Einheit wirklich eine Frage ist oder es jemals war.“

Und begeistert ruft er aus:

„Die Ereignisse dieser ersten Jahre haben gezeigt, sie lassen es als zweifellos erscheinen, daß es nun etwas wie einen jugoslawischen nationalen Geist (von mir gesperrt, E. P.) gibt und daß dieser, auf die Probe gestellt, den Sektionalismus niederreitet.“

Sollte der „Balkan-Sachverständige“ Armstrong wirklich nicht wissen, daß jener „jugoslawische nationale Geist“ in naher Verwandtschaft zur großserbischen Knute steht?

Aehnliche geheimnisvolle Faktoren, wie dieser „jugoslawische nationale Geist“ spielen auch in den anderen Kapiteln des Buches eine Rolle. Das Festsetzen Italiens und seine Gewaltpolitik in Albanien z. B. werden nicht als Ausfluß imperialistischer Expansionspolitik dargetan, sondern als mystischer, dunkler Drang zur Herrschaft, der mit Vernunft und Geduld zu meistern ist. Albanien wird allen Ernstes als ein „unabhängiger“ Staat präsentiert und die größte Sorge des „objektiven“ Verfassers ist, daß Ahmed Zogu, der gegenwärtige Präsident der albanischen „Republik“, wegen seines allzugroßen „Vertrauens“ zu Italien bei seinem Volke „unpopulär“ werden und vertrieben werden könnte. Dieses „Vertrauen“, das zur Auslieferung der natürlichen Reichtümer Albanien an das italienische Finanzkapital führte, wird halb als Vernunft, halb als eine aus der Not geborene Tugend Ahmed Zogus dargestellt und dieser Henker und Hüter der alten Feudalherrschaft in Albanien als Nationalheld gefeiert, von dessen Herrschaft das weitere „Wohlergehen“ Albanien abhängt. Armstrong ist — er hüllt das nur natürlich, wie es einem amerikanischen „objektiven Beobachter“ ziemt, in gleisnerische Redensarten — für die Verewigung des heutigen Zustandes in Albanien und meint in bezug auf dessen Schicksal: „Besonders hängt es ab davon, ob die Albanesen den Hausfrieden bewahren können, wodurch sie eine Entschuldigung (excuse) fremder Intervention ausschließen würden — und ob sie, ohne die ungebührliche (undue) Beteiligung fremder Interessen die Erziehung und die Kunst der Zivilisation genug rasch vorwärts bringen können, um dem Wirtschaftsleben ihres Landes emige Stabilität zu verleihen.“ Bei welchem Zinsfuß die „ungebührliche“ Beteiligung fremder Interessen anfängt, geht aus den Ausführungen Armstrongs leider nicht hervor.

Bei Behandlung der Frage Bessarabien werden zwar alle ausschlaggebenden Tatsachen angeführt, die beweisen, daß es sich um eine gewaltsame Annexion durch Rumänien, um die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Mehrheit durch eine rumänische Minderheit handelt. Es wird der in Bessarabien Ende 1917 „organisierte“ Nationalrat

(Sfatul Tzarej) erwähnt, sein „ziemlich unsauberer (irregulärer) und unbestimmter Ursprung“ hervorgehoben und auch nicht verschwiegen, daß dieser Nationalrat am 26. November 1918 den bedingungslosen Anschluß an Rumänien bei Anwesenheit nur eines Drittels der Mitglieder beschlossen hat. Es werden auch die Versuche der Sowjetunion zur Herbeiführung eines Plebiszits in Bessarabien aufgezählt, und es wird kein Hehl daraus gemacht, daß alle diese Versuche an der Weigerung Rumäniens gescheitert sind. Aber die Wege Gottes und eines „objektiven“ amerikanischen Beobachters sind unerforschlich. Nachdem Herr Armstrong alle diese Tatsachen angeführt hat, erfolgt eine wunderbare Wendung, er findet plötzlich, daß die Russen das Plebiszit nur zu Manövriertzwecken anstreben und stellt sich in kaum verhüllter Form auf die Seite der Rumänen. Die Proklamierung der Moldauer Sowjetrepublik (am 12. Oktober 1924) habe nur den Zweck, das Eindringen der Sowjetemissäre in rumänisches Gebiet zu erleichtern, die — oh Schreck! — „die Selbstbestimmung der Völker nach russischem Muster“ predigen wollen.

„Das sind — erklärt Herr Armstrong — die mildernden (! E. P.) Umstände, auf die die rumänische Regierung sich beruft, wenn man sie angreift, weil sie den Dnjestr entlang ein so hartes Regime unterhält und weil sie sich in durchgreifende Verhaftungen hineinziehen ließ (aweeping arrests, which it has been frightened into making), als bolschewistische Ausbrüche, wie der in Tartar Bunar, ansteckend zu werden begannen.“

Ganz aus der Rolle des „unparteiischen Forschers“ gefallen, geht der Verfasser so weit, den Rumänen den wohlmeinenden Rat zu erteilen, die Zustände in Bessarabien zu verbessern, um so der bolschewistischen Agitation den Boden zu entziehen.

Die wertvollsten Kapitel des Buches sind wohl diejenigen, die sich mit den Problemen Fiumes, der adriatischen Eisenbahnen, Salonikis und eines Ausganges Bulgariens zum Ägäischen Meer befassen. Hier rührt der Verfasser an den Nerv des ganzen Balkanproblems, an das wirtschaftliche Grundproblem. Worin besteht dieses? Die Balkanstaaten (Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien) sind *Agrarländer*. Die Sicherung und Verbilligung ihres Getreide- und Viehexportes ist ihre erste und wichtigste Lebensfrage. Sie hatte schon vor dem Kriege den kapitalistischen Staatslenkern manche harte Nuß zum Aufknacken gegeben und es ist ja bekannt, daß die Frage des serbischen Schweineexportes einer der unmittelbaren Anlässe zum Kriegsausbruch war. Das Problem ist durch die Zerrümmung Oesterreich-Ungarns nicht nur nicht gelöst, sondern nur noch komplizierter geworden. Das im heutigen Jugoslawien vorhandene Eisenbahnnetz ist auf den Körper genannter Monarchie zugeschnitten und tendiert eindeutig nach Budapest und nach Wien. Hatte früher die Donaumonarchie den Serben den Ausgang zum Adriatischen Meer verwehrt, so spielt jetzt *Italien* diese Rolle des Hüters des Ausgangs zum Meere — zumindest was den Ausgang zum besten, sofort gebrauchsfähigen Seehafen Fiume anbelangt. Italien hat Jugoslawien zwar in Fiume eine „Freizone“, den sogenannten Barosch-Hafen zugestanden. Dieser entspricht aber den Anforderungen des jugoslawischen Exportes nicht und hiervon abgesehen ist der Besitz dieser Freizone schon im Hinblick auf die bewegte Vorgeschichte dieses italienischen „Zugeständnisses“ (D'Annunzio) höchst unsicher. Da Jugoslawien die ihm zugestandene Freizone fast gar nicht benutzt und bestrebt ist, die jugoslawischen Häfen auszubauen, andererseits aber Italien Fiume zugunsten Triests ganz vernachlässigt, verfällt Fiume immer mehr, und sein Schiffsverkehr macht heute kaum ein Drittel jenes der Vorkriegszeit aus.

Neben Fiume wäre *Saloniki* der natürliche Seehafen Jugoslawiens. Tatsächlich kam schon vor dem Kriege ein Vertrag zwischen Serbien und Griechenland betreffs Benutzung des Hafens von Saloniki durch die Serben zustande. Die Ratifizierung des Vertrages war aber infolge des Ausbruches des Weltkrieges unterblieben. Nach dem Kriege wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, wonach Jugoslawien in Saloniki eine „freie Zone“ erhält, die unter jugoslawischer Verwaltung, aber unter griechischer Gerichtsbarkeit und Polizeiaufsicht steht. Aber abgesehen von dem zu geringen Umfang der Freizone ist die Eisenbahnverbindung eine unzureichende, und als Jugoslawien, bevor es sich zu irgendwelchen Investitionen entschließen wollte, eine Sicherstellung in der Form des jugoslawischen Eigentumsrechtes auf die Eisenbahnlinie Chevgeli—Saloniki (Chevgeli liegt an der jugoslawisch-griechischen Grenze) forderte, schlug die griechische Regierung dem jugoslawischen Nachbar die Tür vor der Nase zu.

Diese Erfahrungen veranlaßten Jugoslawien, an den Ausbau der eigenen Häfen zu schreiten. Von den vielen Häfen, über die Jugoslawien an seiner langen Seeküste verfügt, kommen nur *Spalato* oder *Cattaro* in Betracht, deren Ausbau aber sehr kostspielig wäre und die auch erst mit Belgrad und dem altserbischen Gebiete durch eine

Eisenbahn verbunden werden müßten. Da das große Opfer und viel Zeit erfordern wird, bleibt dieses brennendste Problem Jugoslawiens vorläufig und noch lange ungelöst — eines der zahlreichen Pulverfässer, an denen sich so leicht ein neuer Krieg entzünden kann.

Vielleicht noch schwieriger als für Jugoslawien steht die Frage des See-Exports für Bulgarien. Dieses hatte im ersten Balkankrieg ein großes Stück der Küste am Ägäischen Meer gewonnen, einen Teil davon aber infolge seiner — wie Armstrong sich ausdrückt — „unklugen Provokation“ im zweiten Balkankrieg verloren. Den Rest verlor es im Weltkriege und wurde solcherart wieder gänzlich vom Meer verdrängt. Im Vertrag von Neuilly (1919) und im Thrazischen Vertrag (1920) hatten die Mächte Bulgarien zwar den freien Zutritt zum Meere und die dauernde Verpachtung des Hafens von Dedeagatsch zugesichert. Diese Verträge wurden aber mit der Zerreißung des Friedensvertrages von Sévres durch die siegreiche Türkei für null und nichtig erklärt. Verhandlungen, die in Lausanne geführt wurden, scheiterten an den imperialistischen Gegensätzen zwischen Bulgarien, das handgreifliche Garantien (direkten Besitz des Gebietes in der Nachbarschaft des Hafens usw.) forderte, und Griechenland, das solche Zugeständnisse nicht gewähren wollte. In Betracht kämen die Hafenstädte Dedeagatsch, Kavale oder Karagatsch, alle auf griechischem Boden gelegen, die aber alle entweder große und kostspielige Hafendarbeiten oder den Bau von Eisenbahnen erfordern würden. Auch die Lösung dieses Problems scheidet also — das geht aus den von Armstrong registrierten Ereignissen klar hervor, ohne daß dieser es natürlich auch nur mit einem Worte andeuten würde — an den imperialistischen Gegensätzen auf dem Balkan, die besonders deshalb so scharf zugespitzt sind, weil hinter den einzelnen Balkanstaaten verschiedene imperialistische Großmächte (England, Frankreich, Italien) stehen.

Das Buch Hamilton Fish Armstrongs ist als Nachschlagebuch, das viel Tatsachenmaterial und Landkarten enthält, ein brauchbares Werk. Aber es ist nur ein Nachschlagebuch und nicht mehr: ein Buch, das auf die tausend Fragen auf dem Balkan irgend eine Antwort geben würde, ist es nicht. Die einzelnen Probleme werden isoliert, ohne den richtigen geschichtlichen Zusammenhang betrachtet, es fehlt jeder vereinende, zusammenfassende, überragende Gesichtspunkt, es fehlen in dem Buche die historischen Perspektiven. Diese absolute Hilfslosigkeit, das Unvermögen, die Probleme des Balkans nach irgend einem einheitlichen Prinzip zu ordnen und so irgend einen gangbaren Ausweg zu finden, kommt besonders kraß zum Ausdruck im Schlußkapitel, das bezeichnenderweise den verschwommenen Titel „Organisierung des Friedens“ trägt. Wie schon dieser Titel beweist, macht Armstrong nicht einmal den Versuch zur Lösung der von ihm über 180 Seiten behandelten Probleme, sondern denkt ängstlich nur daran, wie man diesen Problemen die Spitze abbrechen und den Ausbruch des Krieges so lange wie möglich hinausschieben könnte. Und was schlägt er zur „Organisierung des Friedens“ vor, wovon erhofft er diesen Frieden? Seine Haupthoffnung ist die — Kleine Entente! Von diesem lebenden Leichnam erwartet er den „wirtschaftlichen Wiederaufbau“ durch die Schaffung einer Art von „Donauzollunion“, wobei er aber selbst die Undurchführbarkeit eines solchen Planes zugeben muß — im Hinblick auf die Interessengegensätze, die besonders zwischen der hochindustrialisierten Tschechoslowakei und den Agrarstaaten des Balkans bestehen. Von der Kleinen Entente erhofft er auch die Schaffung eines Balkanpaktes, dessen Schwierigkeiten er übrigens ebenfalls selbst betont, indem er besonders auf die brennende mazedonische Frage hinweist. Der Balkanpakt selbst ist nach seiner Meinung nur auf Grund des unveränderten Status quo auf dem Balkan denkbar. Ueberlegt man genau, so läuft sein Buch auf diese Feststellung hinaus: Die Probleme des Balkans sind auf der Basis des jetzt dort herrschenden sozialen und politischen Systems nicht lösbar — dennoch darf der jetzige Zustand nicht abgeändert werden. Wahrlich eine glänzende Bankrotterklärung der kapitalistischen Politik und Diplomatie auf dem Balkan!

Am 20. Juni gelangt zur Auslieferung

# Die Konsumgenossenschaften in der USSR

von

N. P O P O W

Direktor des Bildungsdepartements des Zentrosojus

Aus dem Inhalt:

- I. Kurzer historischer Ueberblick  
Die ersten Anfänge / Mißerfolge der ersten Gründungen / Die abhängigen  
Werkkonsumvereine / Der Anfang des Zentrosojus / Die Rechtslage der  
Genossenschaften während des Zarismus / Während des Weltkrieges /  
Die Revolution von 1905 / Die Februarrevolution 1917 / usw.
- II. Die gegenwärtige Stellung der Konsumgenossen-  
schaften im System der Sowjetwirtschaft  
Vom Bürgerkrieg zum sozialistischen Aufbau / Die Konsumgenossen-  
schaften als Elemente des Sozialismus / Rechtliche Stellung und Ver-  
günstigungen der Genossenschaften / usw.
- III. Die Struktur des konsumgenossenschaftlichen  
Systems der Sowjetunion  
Das Organisationssystem der Konsumgenossenschaften / Die Haupt-  
glieder des Genossenschaftssystems / usw.
- IV. Die Konsumgenossenschaften auf dem Lande  
Allgemeine Charakteristik der ländlichen Konsumgenossenschaften /  
Organisation der Verwaltung und Kontrolle / Handelstätigkeit / usw.
- V. Die Arbeitergenossenschaften  
Aufgaben und Charakter der Arbeitergenossenschaften / Das Netz der  
Genossenschaften und Läden / usw.
- VI. Der Aufbau der Verbände  
Die Rolle der Verbände im System der Sowjetgenossenschaften / Organi-  
sationstätigkeit der Verbände / usw.
- VII. Der Zentrosojus  
Die Entwicklung des Zentrosojus und seine Rolle in der Genossenschafts-  
bewegung / Die Organisationsarbeit des Zentrosojus / Die Geschäftstätigkeit  
des Zentrosojus / Die Export- und Importoperationen / Die Betriebsmittel  
des Zentrosojus / usw.
- VIII. Die Eigenproduktion der Konsumgenossen-  
schaften  
Umfang und Charakter der genossenschaftlichen Eigenproduktion / Der  
Anteil am Warenverkehr des Landes / usw.
- IX. Die Rolle der Konsumgenossenschaften im Waren-  
verkehr des Landes
- X. Die Sowjetgenossenschaften in der internationalen  
Genossenschaftsbewegung

# ZU DEN PROBLEMEN DER CHINESISCHEN REVOLUTION

---

II. Auflage

TAN PING-SCHAN

## Entwicklungswege der chinesischen Revolution

Mit einem Vorwort von K. A. Wittfogel und Raskolnikow

**Aus dem Inhalt:** Die neue Etappe in der Entwicklung der chinesischen Revolution und der Differenzierungsprozeß der Klassen / Die Frage der Kuomintang / Die Gewerkschaftsbewegung / Die Bauernfrage / Die Frage der städtischen kleinen und mittleren Kaufleute / Die Jugendbewegung / Die Frauenbewegung / Lage und Tätigkeit der Partei

Abgesehen von den Thesen zur chinesischen Frage, die die 7. Plenartagung des Erweiterten EKKI angenommen hat, stellt der Bericht des Genossen Tan Ping-schan die letzte ausführliche Analyse der Klassenkräfte der chinesischen Revolution von führender kommunistischer Seite dar. Die Broschüre bringt wichtiges Material zum Verständnis der Ereignisse in China.

32 Seiten

Preis 10 Pfennig

Eine bedeutende Neuerscheinung

N. BUCHARIN

## Die Probleme der chinesischen Revolution

**Aus dem Inhalt:** Die internationale Bedeutung der chinesischen Revolution / Der Imperialismus, Feudalismus und der Charakter der chinesischen Revolution / Perspektiven der chinesischen Revolution / Die nationalrevolutionäre Front und der Klassenkampf / Einige grundlegende taktische Probleme der chinesischen Revolution / Die Krise der nationalrevolutionären Bewegung und die Aufgaben der Arbeiterklasse

64 Seiten

Preis 30 Pfennig

---

**VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER**  
Hamburg Berlin NW 6